

fluter.

Und wofür stehst du?



THEMA
Demokratie

Editorial

Wie viele gute Dinge macht sich die Demokratie im Gelingen oft unsichtbar. Das Leben in demokratischen Verhältnissen geht dann einfach seinen Gang. Doch ein Übermaß an blinder Routine bringt demokratische Kultur zum Erliegen. Denn Demokratie ist eine Ordnung, die vom Streit lebt und im Schweigen stirbt. Als System des gesellschaftlichen Lebens ist sie nur so viel wert, wie die Menschen Arbeit in sie investieren. Dann wird das Gewöhnliche immer wieder erstaunlich.

In gelungenen Demokratien ist Macht beschränkt. Kontrolle, Einspruch und Gegenmacht sind für fast alle immer wieder möglich. Die Unterlegenen oder die Minderheiten von heute haben Rechte und können die Gewinner und Mehrheiten von morgen werden. Es ist ein zirkuläres System, in demokratischen Prozessen sieht man sich immer mindestens zweimal.

Die Verständigung über gemeinsame Angelegenheiten ist gleichsam die Grundlage demokratischer Kulturen und ein Garant freiheitlicher Gesellschaften. Die Arbeit am Konkreten ist dabei nicht zu unterschätzen: Demokratie lässt sich im Alltag von Familien erfahren, in Schulen oder Kommunen. Selbst Unternehmen können Orte gelungener Demokratie sein. Das Selbstver-

ständliche wird dann eine Erfahrung des gemeinsamen und öffentlich debattierten Verständnisses darüber, wie wir miteinander leben und umgehen wollen.

Demokratien sind immer auch riskant – fehlende oder schwächer werdende Repräsentation führt zur Abkoppelung mächtiger Eliten und in den Populismus. Die medial verstärkte Bequemlichkeit und zuweilen verächtliche Ignoranz gegenüber politischen Prozessen machen das Ganze fragiler, als wir uns das in Deutschland gegenwärtig vorstellen wollen. Wie wird Demokratie künftig aussehen? Werden Parteien die zentralen Akteure bleiben können, wie werden sie sich ändern müssen? Werden wir mehr oder weniger Beteiligung, direkte Demokratie haben? Wie kann demokratische Kontrolle in globalen Zusammenhängen funktionieren?

Entscheidungen brauchen Haltungen. Die erste Frage über den Zustand der öffentlichen Angelegenheiten geht deshalb immer auch an sich selbst: Wo sind deine roten Linien, wo mischst du dich ein, wofür stehst du? **Thorsten Schilling**

**Du hast die
Wahl: fluter-Abo
gratis oder
umsonst**
unter www.fluter.de



Sieht gar nicht nach einem bedeutenden Moment aus, ist aber einer:
Am Tag der Wahl ist man endlich mal ungestört – wenn auch nur für wenige Minuten. Denn in den provisorisch errichteten Wahlkabinen soll man ganz allein sein Kreuzchen machen

Inhalt



„Man muss den Leuten folgen, um sie zu führen“ 5
 Warum sind wir eigentlich nicht öfter stolz auf unser System?
 Ein Gespräch gegen die Politikverdrossenheit

I. Kapitel: Zeit für Streit

Der lange Marsch 12
 In einem chinesischen Dorf haben sich die Menschen ein Stück Freiheit erkämpft. Nun merken sie, wie schwer es ist, sie zu erhalten

Rennen und Maul halten 15
 Im Profifußball herrscht oft ein Ton wie auf dem Kasernenhof. Wir haben uns gefragt, ob es auch anders geht

Es ist doch nicht so schwer 18
 Ein leidenschaftlicher Nichtwähler und einer, der gern zur Wahl geht, liefern uns Argumente

„Alter, was soll der Kack?“ 20
 Auch das gibt es: Eltern, die ihren Kindern die Macht überlassen (na ja, zumindest für einen Monat)

II. Kapitel: Es ist ein Kreuz

Hände hoch 24
 In der Schweiz wird ja ständig über alles Mögliche abgestimmt. Manchmal ist das gut, manchmal nicht so. Analyse eines Begehrens

Für die Urne 26
 Es ist ja schon mal gut, wenn man wählen darf. Allerdings ist das noch lange keine Garantie dafür, dass die Stimme auch zählt. Eine Infografik über's Betrügen

Böse Menschen haben keine Lieder 28
 „Afghan Star“ ist wie „DSDS“, nur viel wichtiger – weil es in einem zerrissenen Land den Respekt unter den Menschen fördert

Darf ich auch mal was sagen? 31
 Klar. Diese Ideen sorgen für mehr Mitsprache in der Schule

In bester Verfassung 32
 Achtung, jetzt wird es staatstragend. Aber mal ehrlich: Die Schöpfer des Grundgesetzes haben gute Arbeit geleistet

Gemeinsame Sache 34
 Ohne Häuptling: Dieses afrikanische Volk entscheidet alles gemeinsam

Sag du mir nicht, was ich tun soll 38
 In der Arbeitswelt geht es noch ganz schön autokratisch zu. Wenige Manager bestimmen, was viele zu machen haben. Ein paar Gegenbeispiele

III. Kapitel: Pass bloß auf

Schau genau hin 41
 Als ich mal Wahlbeobachter in Bulgarien war

Bau keinen Scheiß 42
 Bahnhöfe, Straßen und Brücken: Immer mehr Menschen pochen auf mehr Information und lassen sich nicht mehr alles verkaufen – nur weil es einmal beschlossen wurde

Was habt ihr vor? 46
 Wenn Unternehmen Politiker beraten, nennt man das Lobbyismus. Der ist oft nötig für gute Gesetze. Es darf nur nicht zu viel werden

Das hat System 48
 Diese Regeln sorgen dafür, dass die Macht gut verteilt wird

Demokratie, die es nicht ins Heft geschafft hat 49

Vorschau und Impressum 50



„Man muss den Leuten folgen, um sie zu führen“

Was denn jetzt? Die Politikverdrossenheit wird überschätzt? Parteien sind das Beste, was es gibt? Und Volksentscheide gar nicht so toll? Die Politikwissenschaftlerin Suzanne Schüttemeyer hat starke Ansichten

Interview: Oliver Gehrs



→ Suzanne S. Schüttemeyer ist Professorin für Regierungslehre und Policyforschung an der Universität Halle-Wittenberg. Seit 2003 ist sie zudem Chefredakteurin der „Zeitschrift für Parlamentsfragen“. Ihr Forschungs- und Arbeitsschwerpunkt ist Repräsentation und Parlamentarismus in Deutschland und international.

Frau Schüttemeyer, würden Sie sagen, dass eine Demokratie in allen Gesellschaften das richtige Politikmodell ist? Manche Gesellschaften müssen erst ihren Weg dahin finden. Es nützt nichts, wenn ich demokratische Strukturen habe, ich brauche auch eine demokratische Kultur, die hat man nicht über Nacht, die muss gelernt werden, die muss wachsen.

Was macht eine Demokratie aus? Ist zum Beispiel der Iran nicht auch eine – immerhin darf man dort wählen.

Nein, denn allein freie Wahlen machen keine Demokratie aus. Das ist zwar in manchen Staaten ein Riesenfortschritt, aber da muss noch mehr dazukommen: Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte, die gegenüber dem Staat einklagbar sind, eine freie Presse, Gewaltenteilung. Gucken Sie sich die Gesellschaftsmodelle der letzten 2000 Jahre an: Es ist die offene Gesellschaft, die Lernprozesse institutionalisiert hat, die Menschen die Chance bietet, maximal zu lernen.

In Russland werden Homosexuelle nun per Gesetz diskriminiert. Entspräche es nicht unserer demokratischen Gesinnung, dass wir intervenieren?

In Russland ist die Unterdrückung von Schwulen und Lesben ein klares Zeichen,

dass wir es nicht mit einer freien demokratischen Ordnung zu tun haben. Aber mehr als das laute Einfordern von Menschenrechten können diplomatische Beziehungen dazu beitragen, das dortige Wertesystem zu ändern. Man muss in Kontakt bleiben, um Lernprozesse anzustoßen, im besten Fall eine freiheitliche Ordnung und demokratische Werte zu vermitteln.

Im Falle von Russland scheint das aber keinen Effekt zu haben. Als „lupenreinen Demokraten“ hat ein ehemaliger Bundeskanzler Ministerpräsident Putin bezeichnet. Das scheint heute noch weniger treffend zu sein als damals.

Das stimmt. Und dennoch: Solange ein Land abgeschottet ist, wird kein Wandel eintreten. Man sieht das ja an Nordkorea. Das mag sich mit neuen Technologien wie dem Internet etwas geändert haben, aber auch das kann man ja kappen. Es ist immer eine Gratwanderung: Bis zu welchem Punkt gehen wir mit undemokratischen Staaten um, und wo ist Schluss?

In der Finanzkrise wurden auch bei uns diskriminierende Reflexe wach – etwa, als Südeuropäer für faul erklärt wurden. Wie gefestigt ist unsere Demokratie?

Man darf niemals sagen, dass die Demokratie genügend gefestigt ist. Sie muss immer wieder erkämpft und weitergegeben werden. Es müssen genügend Menschen da sein, die dafür kämpfen.

In der Weimarer Republik waren es nicht genügend.

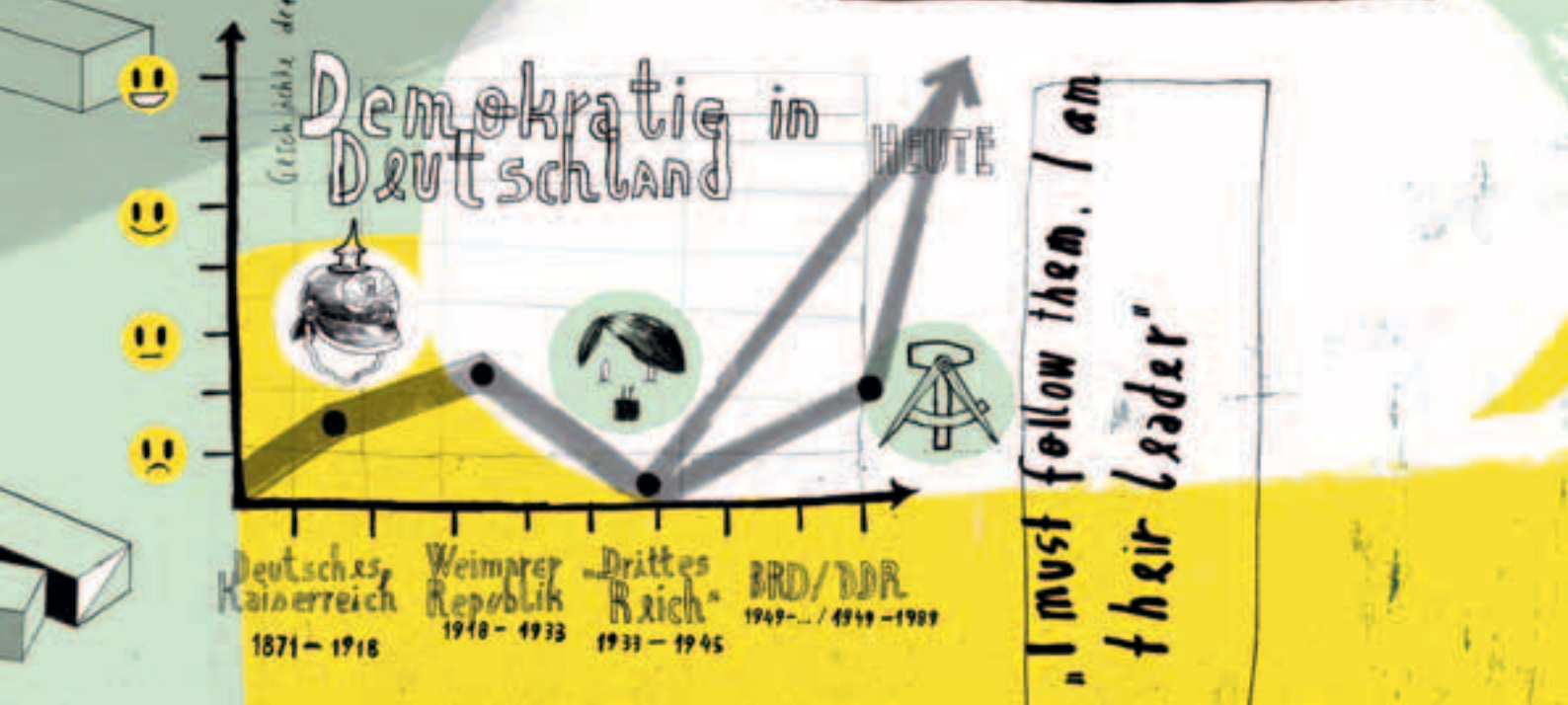
Genau. Obwohl es damals Grundrechte gab, eine prinzipiell gute Verfassung und Parteien. Aber es war eine Demokratie ohne Demokraten. Die politische Kultur war nicht so entwickelt, dass die demokratische Struktur gefüllt wurde. Und als die Demokratie unter Druck geriet, haben zu wenige hingeguckt. Es muss gar keine radikale Mehrheit geben, es reichen fünf oder zehn Prozent entschlossene Antidemokraten und dazu 50 Prozent, denen die Entwicklung egal ist.

Kaiserzeit, Weimarer Republik, Drittes Reich – muss man im Falle von Deutschland nicht von einem Wunder sprechen, dass unsere Demokratie so stark ist?

Der Grund, warum es gelungen ist, in relativ kurzer Frist in Westdeutschland eine



Wie ein gutes Match am Kicker oder auch ein Turm, bei dem es auf viele Bauteile ankommt: Unser Zeichner André Gottschalk hat mal versucht, ein paar entscheidende Momente der repräsentativen Demokratie darzustellen. Sieht doch ganz spannend aus



Basisdemokratie

Basisdemokratie ist ein Sammelbegriff für Formen politischer Beteiligung, bei denen Entscheidungen direkt und unmittelbar von der „Basis“ getroffen werden, also von den Betroffenen. „Direkt“ ist das Stichwort, denn im Gegensatz zur repräsentativen Demokratie fällen hier keine Repräsentanten die Entscheidung für ihre Klientel, sondern die Betroffenen bringen sich möglichst unverzerrt selbst in die Entscheidungsfindung ein. Moment, aber was ist denn dann „direkte Demokratie“? Basisdemokratie und direkte Demokratie sind begrifflich eng miteinander verbunden. Der Unterschied ist die Perspektive: Direkte Demokratie bezieht sich deutlich stärker auf die Entscheidungsfindung in einem ganzen Herrschaftssystem oder aber auf einzelne politische Entscheidungsverfahren. „Direkte Demokratie“ gibt es beispielsweise in der Schweiz. Von Basisdemokratie spricht man auch im Kleinen. Wenn bestimmte politische Entscheidungen direkt vom Volk getroffen werden oder wenn neben den etablierten Parteien auch andere politische Gruppen und Initiativen Politik gestalten können, ist das basisdemokratisch. Basisdemokratische Verfahren sind aber auch Bestandteile vieler Organisationen, wenn zum Beispiel alle Mitglieder einen neuen Vorstand oder inhaltliche Schwerpunkte wählen dürfen. Auch wenn ihr mit Freunden diskutiert, wo der Abend verbracht werden soll, sich dabei jeder gleichberechtigt einbringen darf und ihr dann gemeinsam eine Entscheidung trifft, ist das basisdemokratisch.

Hammelsprung

Der Hammelsprung ist nicht ganz so abenteuerlich, wie er klingt – nein, es geht hier nicht um Politiker, die über Schafe springen. Es handelt sich um ein parlamentarisches Abstimmungsverfahren. Körpereinsatz erfordert das allemal: Wenn eine Abstimmung durch Handzeichen oder Aufstehen ein unklares Ergebnis hat, müssen die Abgeordneten beim Hammelsprung den Plenarsaal verlassen und ihn erneut durch eine der mit Ja, Nein beziehungsweise Stimmenthaltung bezeichneten Türen wieder betreten. Die Schriftführer zählen dabei laut mit. Auf diese Weise soll eine exakte Stimmzählung ermöglicht werden, die technisch nicht manipuliert werden kann. Schon seitdem das Verfahren im Jahr 1874 eingeführt wurde, trägt es diesen Namen. Warum genau, ist nicht abschließend geklärt. Es wird spekuliert, dass es etwas mit dem Zählen von Schafen zu tun hat. 1894 wurde der Hammelsprung jedenfalls bei der „Ja“-Tür mit einer Intarsie, einem kleinen Kunstwerk aus Holz, gewürdigt: Sie zeigt eine Szene aus Homers „Odyssee“, in der ein von Odysseus geblendeter Zyklop namens Polyphem Widdern über den Rücken streicht, unter deren Bauch der griechische Held und seine Gefährten klemmen.

Vierte Gewalt

Wissen ist Macht: Öffentliche Medien werden häufig als „vierte Gewalt“ im demokratischen Staat bezeichnet und damit in eine Reihe mit den drei klassischen, getrennten Staatsgewalten Gesetzgebung (Legislative), Ausführung (Exekutive) und Rechtsprechung (Judikative) gestellt. Unabhängige Medien sind kein Staatsorgan, aber für eine stabile Demokratie unverzichtbar: Sie informieren die Bevölkerung, tragen zur Meinungsbildung bei, stoßen Diskussionen an und fördern damit politische Teilhabe. Wie auch die anderen Gewalten haben die Medien eine Funktion als „Gegenmacht“ und sorgen durch eine kritisch nachforschende und erklärende Berichterstattung für Transparenz in Politik und Gesellschaft – idealerweise. Es ist durchaus umstritten, wie stark die auf Unterhaltungswert ausgelegte „Medienlogik“ sowie Zeit- und Finanzierungsdruck bei den Vollzeitjournalisten oder eingeschränkte Recherchemöglichkeiten bei „ehrenamtlichen“ Online-Medienmachern eine objektive Berichterstattung beeinflussen, und ob die Medien damit tatsächlich die vierte Gewalt sein können.

stabile parlamentarische Demokratie zu errichten, war der wirtschaftliche Erfolg, das sogenannte Wirtschaftswunder. Bis dahin hatten die Menschen die Demokratie nie als Erfolg erfahren. Sie hatten den grässlichen Niedergang der Weimarer Republik erlebt, die Schrecken des Totalitarismus und des Krieges. Danach waren viele apolitisch, sie hatten die Nase voll. Deswegen war die Wahlbeteiligung 1949 auch sehr niedrig. Das änderte sich, als es den Menschen besser ging und sie Frieden und Wohlstand erlebten. Da haben sie gemerkt, dass die parlamentarische Demokratie das Verfahren ist, das friedliches Wohlergehen sichert.

Heute geht es den meisten Menschen gut, und dennoch hadern sie oft mit dem politischen System. Passt das zusammen?

Die Demokratie funktioniert viel besser, als es oft in der öffentlichen Wahrnehmung überkommt. Die Fernsehsender schwenken über leere Bänke im Bundestag, Zeitungen berichten über faule Abgeordnete, die bei Abstimmungen fehlen. Oft ist doch schon in Kinderserien wie Benjamin Blümchen der Bürgermeister der Böse. Durch Klischees in den Medien bekommen die Bürger einen ganz falschen Maßstab, an dem sie Politik messen.

Dabei sollen die Medien als die vierte Gewalt im Staat die Demokratie stärken.

Mittlerweile sind sie oft daran schuld, dass Politiker nur noch darauf achten, wie sie in den Schlagzeilen überkommen, anstatt vernünftige Sachpolitik zu betreiben. Ich sehe das mit großer Besorgnis, weil es Langzeitfolgen hat. Der Verdruss führt dazu, dass immer weniger Menschen in die Parteien gehen. Dabei sind Parteien als Organisationsform unverzichtbar, weil sie den Bürger davon entlasten, sich intensiv mit Politik befassen zu müssen. Er erhält von den Parteien Bündel von Politikangeboten und weiß im Großen und Ganzen, wofür die einzelnen Parteien stehen und ob das seinen Interessen entspricht.

Vielen Wählern ist das Profil aber oft nicht scharf genug.

Weil große Parteien, die 30 oder 40 Prozent der Wähler erreichen wollen, Kompromisse eingehen müssen. Wenn ich nur fünf oder zehn Prozent der Wähler erreichen will, kann ich natürlich viel radikaler sein. Eine Mehrheit erreiche ich so nicht.

Aber sind die Parteien dann noch unterscheidbar?

Die Gesellschaft hat sich eben geändert. Vor 30 Jahren wusste ich als Arbeiterkind oder als strenggläubiger Katholik noch genau, was ich zu wählen habe. Heute gibt es so viele unterschiedliche Lebensphasen, dass ich meine aktuellen Interessen immer wieder mit den Parteien abgleichen muss. Wenn man sich die Programme anschaut, entdeckt man Unterschiede. Man muss sich nur die Mühe machen, sie zu lesen. Die Politiker haben nicht nur eine Bringschuld, sondern der Wähler auch eine Holschuld.

Oft hat man den Eindruck, dass in der Politik wenig geschieht, weil ständig Wahlen anstehen und die Politiker Angst vor unpopulären Entscheidungen haben.

Dieser Eindruck entsteht vor allem, weil das politische Alltagsgeschäft kaum zur Kenntnis genommen wird. 90 Prozent von dem, was der Bundestag oder die Regierung tun, kommt in den Medien kaum vor. Das ist die mühselige Kleinarbeit, aus der Politik besteht. Man müsste mal den Alltag eines Abgeordneten zeigen, die Arbeit in den Ausschüssen, die Spezialisierung auf einige Themen. Die meisten sind irre engagiert.

Was halten Sie von direkteren Formen der Demokratie, zum Beispiel Abstimmungen auf Bundesebene?

Was spricht denn dafür?

Dass die Menschen ein besseres Gespür für die Themen bekommen und sich mehr mit Politik beschäftigen.

Das würde ja bedeuten, dass das schlechte Image von Abgeordneten und Parlamenten rationale Gründe hätte. Die gibt es aber meistens nicht. Also wird sich das gefühlte schlechte Image auch nicht ändern, wenn die Menschen selbst mitspielen dürfen. Wenn Sie in die Schweiz schauen oder in die deutschen Bundesländer, wo es ja Volksabstimmungen gibt, dann sieht man, dass die Leute nicht massenhaft an die Urnen gehen. Es gehen vor allem die hin, die sich schon vorher stark engagieren und über finanzielle und intellektuelle Ressourcen verfügen. Das ist die gebildete Mittelschicht. Nehmen Sie die Abstimmung in Hamburg, wo darüber entschieden wurde, ob Schüler länger gemeinsam lernen sollen. Da hat man sich für den Erhalt des alten Systems entschieden.

Wahrt ein Plebiszit also den Status quo?

Es ist kein Instrument, das vorwärts gewandt ist, das eine Modernisierung bringt oder die bislang Benachteiligten, etwa mit Migrationshintergrund oder Hauptschulabschluss, aus der sozialen Ungleichheit führt. Es hilft vor allem denen, die daran interessiert sind, dass alles bleibt, wie es ist. Und da sehen Sie den Zauber von repräsentativer Demokratie. Da geht es eben nicht nur darum, spezielle Einzel- und Gruppeninteressen zu vertreten, sondern die Abgeordneten kümmern sich auch um das Gemeinwohl. Sie müssen die verschiedenen Interessen abwägen und in einem schwierigen Prozess von Konflikt und Kompromiss zum Ausgleich bringen. Das bekommen Sie mit Volksentscheiden nicht in derselben Qualität hin.

Das heißt: Als Politiker muss ich mich um alle kümmern.

Sie müssen eine Mehrheit beschaffen, das ist die zentrale Kunst der Politik. One person, one vote. Jeder Einzelne zählt mit seiner Meinung. Deswegen sind Professoren in der Politik selten erfolgreich – weil sie in ihrem Beruf daran gewöhnt sind, alles besser zu wissen und eben nicht lernen mussten, um Mehrheiten zu verhandeln und Kompromisse zu schließen. Als Politiker muss ich aber noch den letzten Skeptiker überzeugen. Auch wenn ich mich selbst für genial und die anderen für Deppen halte, muss ich die Deppen dennoch überzeugen.

Und was ist, wenn die Deppen in der Mehrheit sind? Ist das dann die Diktatur der dummen Masse?

Sie wollen wohl Wissenstests vor der Wahl einführen? Es muss nicht jeder, der wählen geht, über Sachfragen Bescheid wissen. Wenn ich es ernst meine mit der repräsentativen Demokratie, ist das nicht nötig. Es geht darum, ob die Richtung stimmt, ob die Partei im Großen und Ganzen für meine Interessen steht. Im Moment ist mir vielleicht wichtig, ob ich als Homosexueller heiraten kann oder Ehegattensplitting bekomme. In zehn Jahren steht wahrscheinlich etwas anderes im Vordergrund. Es gibt einen Kern, und wenn der stimmt, muss ich den Rest nicht unbedingt kennen.

Die Parteien haben Nachwuchsprobleme. Wie kommt das?

Die Parteien können eine Reihe von Mechanismen aktivieren, damit sie attraktiver

Auch wenn ich die anderen für Deppen halte, muss ich sie überzeugen

werden. Gerade die jungen Menschen werden nicht mehr so autoritär erzogen wie früher, sie sind es gewohnt, mehr mitzubestimmen, legen Wert auf Partizipation, auf Teilhabe. Das ist ein Demokratisierungsprozess, der auch die Parteien zwingt, ihre Strukturen zu ändern. Aber das nützt nichts, solange das medial verbreitete Image so schlecht ist.

Oft schreckt einen ja schon das Vokabular ab: Da gibt es Parteivorsitzende, Generalsekretäre ... hört sich schon an wie in einer Diktatur.

Stimmt. Aber neben neuen Begriffen benötigen wir offenere Willensbildungsprozesse. Es gibt ja viele Menschen, die sich engagieren wollen. Zum Beispiel Frauen, deren Kinder aus dem Haus sind. Die wollen mit 50 oft ehrenamtlich arbeiten – dafür muss man Strukturen schaffen.

Wie kann man die Demokratie verbessern?

Die Medien haben über die Jahre ein falsches Bild von der Politik transportiert und dafür gesorgt, dass die Bürger falsche Maßstäbe anlegen. Das kann man vor allem durch politische Bildung korrigieren. Man sollte schon Kindern zeigen, wie viel Spaß es macht, mitzuwirken, sich einzumischen. Und vor allem: nicht nur für die eigenen Interessen zu kämpfen, sondern auch für andere. Ein Gemeinwesen kann nicht funktionieren, wenn es nur mir gut geht. Das kann man auch in Schulen lehren.

Da sieht es ja mit der Mitsprache oft nicht so gut aus.

Dabei ginge das Einüben von Demokratie gerade im Unterricht. Wenn Sie über eine Klassenfahrt diskutieren, können Sie das zu einem kleinen Lehrstück darüber machen, wie parlamentarische Demokratie funktioniert. Wenn Sie das gut machen, haben Sie mehr geschafft, als es Ihnen in

Online-Petition

Du hast bei einem politischen Problem den Durchblick und möchtest gerne eine klare Ansage machen, wie es besser geht? Dann nur zu! Artikel 17 des Grundgesetzes garantiert jedem das Recht, sich „schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden“ – unabhängig davon, ob er oder sie volljährig oder deutscher Staatsbürger ist. Seit 2005 kann man Petitionen beim Deutschen Bundestag auch online einreichen, ebenso wie bei den meisten Landtagen. Beim Bundestag ist der Petitionsausschuss zuständig. Auf dessen Portal muss man sich registrieren, um eine Petition einreichen oder „mitzeichnen“, also unterstützen zu können. Praktischerweise ist man so nicht mehr darauf angewiesen, Tausende von handschriftlichen Unterschriften zu sammeln. Und was reichen die Leute da ein? Die Themenpalette ist bunt, von einem bedingungslosen Grundeinkommen über die Legalisierung von Cannabis zu medizinischen Zwecken bis zur Prüfung der Abgabepflicht zur Künstlersozialversicherung sind viele Forderungen dabei. Man kann eine „private“ Einzelpetition einreichen oder eine öffentliche Petition von allgemeinem Interesse, die unter bestimmten Bedingungen auf dem Internetportal veröffentlicht wird. Wenn eine öffentliche Petition innerhalb von vier Wochen 50.000 Unterstützer gewinnt, erreicht sie das sogenannte Quorum. Dann hat der Petent die Chance, sein Anliegen mit den Abgeordneten des Petitionsausschusses in einer öffentlichen Sitzung zu diskutieren.

Talkshows sind eine maßlose Verflachung von Politik

jahrelangem Politikunterricht gelingt. Das Einüben des Streits, des Kompromisses, des Spezialisierens. Es geht um das Gespür, dass Politik ein Mannschaftsspiel ist.

Manchmal scheint der Bürgerwille einer Modernisierung entgegenzustehen – wenn zum Beispiel die für die Energiewende dringend notwendigen Stromtrassen nicht gebaut werden können, weil es überall Bürgerinitiativen dagegen gibt. Gibt es auch ein Zuviel an Mitsprache?

Wir wollen doch, dass Menschen sich einmischen, kümmern, politische Verantwortung übernehmen. Eine pluralistische Gesellschaft muss einerseits eine Vielfalt von Interessen zulassen, auf der anderen Seite brauchen wir Entscheidungen, bei denen man nicht immer alle Interessen gleichermaßen berücksichtigen kann. Da geht es um politische Führung: Politiker müssen die Meinungen ihrer Wähler aufgreifen, aber gleichzeitig auch vorangehen. Ein britischer Politiker hat mal sehr treffend gesagt: I must follow them, I am their leader. Die Kunst demokratischer Politik und von

Repräsentation ist es, genau den richtigen Abstand zu finden. Wenn ich zu weit vorschreite, dreh' ich mich um, und da ist niemand mehr, der mir folgt. Wenn ich zu langsam bin, sind die anderen schon weiter. Das muss man austarieren. Sie müssen immer den Mut haben, auch mal etwas Unpopuläres zu tun, das ist erfolgreiche Politik.

Wie kann man die parlamentarische Demokratie stärken?

Eine Demokratie ist nichts Selbstverständliches. Sie muss permanent erhalten, angepasst und erneuert werden. Der Bundestag ist in vielem vorbildlich – vor allem, was die Rechte der Minderheit, der Opposition angeht. Es gibt das Untersuchungsrecht, Enquete-Kommissionen, Informations- und Fragerechte. Man sollte aber die gesamte Aktivitätsbreite des Parlaments nach außen tragen und damit die Politik transparenter, insofern auch interessanter und nachvollziehbarer für die Bürger machen.

Müsste man dafür nicht die Ausschüsse öffentlich machen, schließlich wird dort der Großteil der Arbeit erledigt?

Ich bin absolut dafür. Dann würde endlich auch ein realistischeres Parlamentsbild erzeugt.

Sollte man auch das Wahlalter senken?

In vieler Hinsicht sind die Teenager von heute weiter als frühere Generationen, aber in anderer Hinsicht nicht. Es gibt aufgeklärte Sechzehnjährige, aber auch Mittzwanziger, die immer noch bei den Eltern woh-

nen. Die Diskussion über das Wahlalter halte ich für überflüssig.

Funktioniert unsere Gewaltenteilung eigentlich gut?

Ja, aber viele haben ein altes Bild von Gewaltenteilung im Kopf. Das Parlament als Legislative, die die Regierung als Exekutive kontrolliert. Das ist Quatsch. Die Regierung entsteht doch aus dem Parlament, sie ist Fleisch vom Fleische der Mehrheit, die gewählt worden ist. Die Mehrheit des Parlaments plus ihre Regierung ist die eine Seite, auf der anderen Seite steht die Opposition: Das ist das wirkliche Gegenüber im Parlamentarismus. Die Regierungsmehrheit im Parlament gegen die nicht-regierungstragenden Fraktionen. Wenn das Parlament es nicht schafft, aus den eigenen Reihen eine Regierung ins Amt zu bringen und dort vier Jahre lang handlungsfähig zu halten, dann versäumt es seine wichtigste Funktion.

Warum ist diese Aufgabenverteilung vielen Bürgern so unklar?

Das hat auch mit der parlamentarischen Architektur zu tun. Bedauerlicherweise wollen die Abgeordneten in Deutschland alle ihren festen Sitz im Parlament haben, das macht die Sache sehr statisch. Gucken Sie sich mal das britische Unterhaus an. Auf der einen Seite sitzt die Regierung auf einer Bank, und dahinter verschiedene Abgeordnete, die der Regierung den Rücken stärken – die sogenannten *Backbencher*, die Hinterbänkler. Was ja bei uns dummerweise eher ein Schimpfwort ist. Auf der anderen Seite sitzt die *Frontbench* der Opposition, dahinter deren *Backbencher*. Dann findet ein inhaltlicher Schlagabtausch statt, und die Wähler sehen sofort das Schattenkabinett, also die Politiker der Opposition, die regieren wollen. Das ist eine großartige politische Kultur.

Bei uns findet der Schlagabtausch eher in den Talkshows statt.

Na, das ist eine maßlose Verflachung und Skandalisierung von Politik. Da würde ich mir wünschen, dass alle seriösen Politiker sagen: „Da gehe ich nicht hin.“ ←

Schau mal an:
Eine Videoreportage
über Leben und
Arbeit von drei jungen
Parlamentariern
findet ihr auf
fluter.de/demokratie

1. Kapitel

Zeit für Streit

Warum
es in
Demokratien
selten
harmonisch
zugeht

Der lange Marsch

Es war eine Sensation: Ein chinesisches Dorf rebellierte gegen die Parteikader und setzte freie Wahlen durch.

Aber was ist übrig geblieben von dem demokratischen Experiment?

Unsere Autorin hat sich umgesehen

Text: Xifan Yang, Fotos: David Hogsholt

→ An der südchinesischen Küste ist die Luft heiß wie im Ofen, unter der knallenden Mittagssonne schlurft Hong Ruichao in Hemd und Anzughose ins Dorfrathaus zur Arbeit. Er flucht. Gestern Nacht hat wieder jemand sein Bürofenster eingeschlagen. Er weiß sogar, wer es war, die Sicherheitskameras haben alles aufgenommen. Auf den Bildern sieht man den Neffen eines ehemaligen Dorfkaders, einer seiner korrupten Vorgänger. Eine Racheaktion? Ruichao winkt ab, das passiere nun mal: „Ich habe längst aufgehört zu zählen.“

Hong Ruichao, 28 Jahre alt, groß, gut aussehend, ist demokratisch gewähltes Dorfkomitee-Mitglied und stellvertretender Komiteevorsitzender von Wukan, einem beschaulichen Fischerort mit rund 15.000 Einwohnern. Oder besser: ehemals beschaulich. Denn vor anderthalb Jahren haben die Bürger von Wukan Geschichte geschrieben. Sie wählten in freier Wahl ihr Dorfkomitee, das gab es in China noch nie.

Mehr als 6.500 Dorfbewohner gaben am 3. März 2012 ihre Stimme ab, in provisorisch zusammengezwimmerten Wahlkabinen aus Pressholzplatten, bunte Sonnenschirme spendeten Schatten. Die Gemeinde wählte einen 67-Jährigen an die Spitze. Ruichao und zwei seiner Kampfkumpane, auch noch in den Zwanzigern, bekamen einen Platz im Komitee.

Bis zum 21. September 2011 war Wukan ein Dorf wie jedes andere in China. Die Regierenden wurden von der Kommunistischen Partei bestimmt, sie waren niemandem Rechenschaft schuldig außer ihren Vorsitzenden in der Partei. Und sie nutzten ihre Ämter, um reich zu werden.

Mehr als 40 Jahre lang gehörten dieselben Leute dem Dorfkomitee an. In dieser Zeit bauten sie für sich und ihre Familien mehrstöckige Villen, sie kauften sich stets die neuesten Luxuslimousinen. Das Geld dafür kam auch aus geheimen Verkäufen von Grundstücken der Gemeinde an Investoren. Land, das der Dorfbevölkerung eigentlich als Ackerfläche dienen sollte.

Während die Parteikader gut lebten, ging es der Bevölkerung schlecht. Ruichao schickte damals jeden Monat Geld nach Hause, damit seine Eltern über die Runden kamen. Wie viele andere Jugendliche war er mit 17 von zu Hause ausgezogen, um in der 200 Kilometer entfernten Wirtschaftsmetropole Shenzhen zu jobben: Er verkaufte Socken, Handys und Waschmittel, im Monat verdiente er bis zu 10.000 Yuan, etwa 1.200 Euro, ziemlich viel für einen einfachen Fischersohn.

Ruichao und zwei Schulfreunde, die ebenfalls in der Ferne jobbten, diskutierten häufig darüber, was falsch lief in ihrem Heimatdorf. Damals umging Ruichao zum ersten Mal die chinesische Internetzensur und las Nachrichten aus Hongkong über Wahlen in anderen Ländern. Die drei Idealisten gründeten die „Gruppe der heißblütigen Jugend von Wukan“.

Zwei Jahre lang schrieben sie Petitionen, sie demonstrierten vor Gebäuden der Provinzregierung, ein kleines Häuflein ärgerlicher junger Männer mit selbst gebastelten Bannern. Sie forderten die Rückgabe des gestohlenen Landes, den Rücktritt der korrupten Kader und freie Wahlen.

Damals interessierte sich kaum einer für die Hitzköpfe, bis sich schließlich die Älteren in Wukan den jungen Aktivisten anschlossen. Am 21. September 2011 organisierten die Einwohner ein Sit-in vor der Polizeistation im Dorf. In den Tagen danach kamen viele junge Wanderarbeiter wie Ruichao zurück in die Heimat, um den Protest zu unterstützen. Tagelang prügelten Polizisten mit Schlagstöcken auf die Protestierenden ein, die sich mit Bambusstöcken und Eisenstäben wehrten, es kam zu Festnahmen. Als einer der Demonstranten in seiner Zelle starb, eskalierte die Situation: Mit vereinten Kräften jagten die Bürger sämtliche Beamte und Kader aus dem Dorf. Sie blockierten alle Straßen, stellten sich der anrückenden Armee entgegen.

Und dann passierte das, womit keiner gerechnet hatte: Die Soldaten zogen ab. Der Parteichef der Provinz Guangdong, ein relativ liberaler Kader namens Wang Yang, wollte sich als friedlicher Problemlöser profilieren – aus Angst, dass sich die Proteste wie ein Flächenbrand über sein Territorium ausweiten. Er probierte etwas Neues: Wukan durfte sein Dorfkomitee selbst wählen.

Die ganze Welt schaut plötzlich auf dieses Dorf und fragt sich: Kann es ein Modell für ganz China sein?

In den ersten Wochen nach der Wahl schwelgt ganz Wukan in Euphorie. Intellektuelle aus Peking und Menschenrechtsaktivisten aus Hongkong reisen an, um zu gratulieren. Politikwissenschaftler kommen, um Chinas Asterix-Dorf zu studieren. „Die Graswurzelbewegung von Wukan – ein Modell für China?“, titeln die Medien. In einem halben Dutzend Dörfern der Region gehen die Menschen nun ebenfalls auf die Barrikaden.

Das demokratische Dorfkomitee macht sich im Frühjahr 2012 schnell an die Arbeit: Wasserleitungen werden verlegt, eine Hafemole wird gebaut, Weidenbäume gepflanzt. Fischer, die in den Regenmonaten nicht aufs Meer können, dürfen Arbeitslosengeld beantragen. Alle Ein- und Ausgaben der Kommune hängen monatlich am Schwarzen Brett aus.



01 15.000 Menschen wohnen in dem Dorf am Meer, in dem es noch recht traditionell zugeht

02 Die Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Polizisten wurden im Fernsehen übertragen



03 Hong Ruichao gehört dem neuen Dorfkomitee an und merkt, dass es nicht so einfach ist, die Menschen zufriedenzustellen

04 Die Regierung aus Peking erhöht den Druck: Dem Journalisten Zhang Jianxing haben die Behörden mittlerweile den Pass abgenommen



Die demokratisch gewählte Dorfgemeinschaft, darunter Ruichao und einige seiner Kampfgenossen, steht vor einem Berg von Aufgaben, viele davon unerwartet. Die Zahl der Einbrüche steigt, da die neuen Polizisten noch eingearbeitet werden müssen. Enteignete Bauern entladen ihren jahrzehntelang angestauten Frust und attackieren die machtlosen Ex-Kader. Um alles Mögliche sollen sich die neuen Volksvertreter kümmern: Der eine hat Streit mit seinem Nachbarn, der andere braucht einen neuen Job, der Dritte hat Schulden. Ruichao ist im Komitee für die Wirtschaft zuständig, er versucht, Unternehmer nach Wukan zu locken. Aber kaum einer will herkommen. Die Firmen fürchten sich vor „politischer Instabilität“.

Im Dorfkomitee wird täglich demokratische Entscheidungsfindung geübt. Anfangs reden alle durcheinander. Mürbe von ständigen Reibereien redet irgendwann nur noch der Komiteevorsitzende Lin, der zumindest aufgrund seiner vielen Lebensjahre Autorität besitzt und die Stellung eines Bürgermeisters hat. Das wichtigste Projekt, das gestohlene Land zurückzuholen, geht nur mühsam voran. Die neuen Besitzer, frühere Parteibonzen und reiche Geschäftsleute, berufen sich auf gültige Kaufverträge. Ruichao rennt jeden Tag gegen Mauern. „Es ist so, als würde der Dieb, der ein Handy geklaut hat, zu dem Bestohlenen sagen: Guck, ich habe den Diebstahl auf Papier legalisieren lassen. Deswegen bin ich nun der rechtmäßige Besitzer.“

Das Dorfkomitee geht vor Gericht. Doch im Gericht sitzen die Freunde der parteigelenkten Kreisregierung. Von den Hunderten Hektar Land kann Wukan nur einen kleinen Bruchteil zurückgewinnen. Wieder sammelt sich eine Menschenmenge. „Und, hat das Komitee das getan, wozu wir es gewählt haben? Haben wir unser Land wieder?“, klagt eine ältere Frau.

„Nichts haben sie getan!“, sagt ein Mann.

Es wird über die neuen Komiteemitglieder gesprochen wie über die alten:

„Die reden nicht mehr mit uns!“

„Immer nur Ausreden und Lügen!“

„Gebt uns das Land zurück! Sonst werden wir nicht mehr freundlich sein!“

Die Leute stürmen das Büro des stellvertretenden Vorsitzenden. Dort sitzt Ruichao auf dem Sofa und setzt Tee auf.

„Seid ihr noch auf der Seite der Dorfbewohner?“, fragt ein wütender Gast.

Ruichao antwortet: „Es ist komplizierter, als ihr denkt.“

Zhang Jianxing, 23, war der jüngste unter den Revolutionären. Als die Bewohner ihr Dorf verriegelten, filmte er und dokumentierte den Aufstand. Seit das gewählte Komitee an der Macht ist, macht er die Öffentlichkeitsarbeit der Dorfgemeinschaft. Eigentlich fühlt er sich aber als Journalist und weiter der Stimme des Volkes verpflichtet. Er schreibt auf Weibo, dem chinesischen Twitter, über die Unzufriedenheit und die ersten Risse. Er versucht, unparteiisch zu sein. Der Komiteevorsitzende ist außer sich. „Willst du uns schaden?!“, schreit er. Einige Bewohner befestigen ein Banner aus weißem Stoff, der in China bei Beerdigungen verwendet wird, am Rathaus. Darauf steht: „Das neue Komitee ist nutzlos und soll sich verpissen.“ Im Oktober 2012, sieben Monate nach den Wahlen, tritt das erste Komiteemitglied zurück.

Ruichao ist Wirtschaftsbeauftragter, Komiteevertreter, Sachbearbeiter, Mediator und Psychotherapeut in einer Person. Die Leu-

te fangen aus Frust über den Landmangel an, nachts illegal zu bauen, Ruichao bleibt nichts anderes übrig, als die Häuser wieder abreißen zu lassen. Zu Hause installiert er eine Sicherheitskamera vor der Tür. Ihm kommen Zweifel: Die Menschen wollen keine Demokratie, denkt er, sie wollen nur ihr Land.

Die Mitglieder der Dorfgemeinschaft geraten immer mehr unter Druck, gleichzeitig können sie kaum überleben: Der Vorsitzende Lin hatte in den ersten Amtstagen beschlossen, das Gehalt der Komiteemitglieder, umgerechnet 190 Euro im Monat, nicht anzuheben. Die früheren Kader kamen mit dem mickrigen Betrag aus, sie hatten ja ihre illegalen Nebeneinkünfte. Doch die Neuen haben sich geschworen, sauber zu bleiben. „Ich verdiene ein Fünftel dessen, was ich früher im Monat zur Verfügung hatte“, sagt Ruichao resigniert. „Trotzdem muss ich mir anhören, ein korruptes Arschloch wie mein Vorgänger zu sein.“

Es ist nicht nur die Ungeduld der Bürger, die das demokratische Experiment fast zum Scheitern bringt. Es ist auch die Partei, die nie aufgehört hat, die Ereignisse in Wukan zu beobachten und zu beeinflussen. Dem Journalisten Jianxing, der die Welt über soziale Medien aus Wukan informiert, hat man inzwischen seinen Pass abgenommen. Er darf China nicht mehr verlassen. Beamte der Staatssicherheit, der höchsten Überwachungsbehörde für po-

Die neuen Dorfpolitiker verdienen so gut wie nichts und müssen sich dennoch als korrupt beschimpfen lassen

litische Delinquenten, haben ihn mehrmals zum „Teetrinken“ aufgesucht. „Teetrinken“ ist der chinesische Ausdruck für ein Verhör. Inzwischen hat Jianxing einen Laden eröffnet, er verkauft Überwachungskameras. Eine Marktlücke – jetzt, da sich die Leute im Dorf gegenseitig nicht mehr trauen.

Zwei Fußminuten entfernt sitzt Ruichao im Rathaus und betrachtet sein eingeschlagenes Bürofenster. Er denkt über die nächsten Wahlen nach, im März 2014 stehen sie an. Kürzlich war er mit einem Parteikader essen, den die Kreisregierung als „Komiteeberater“ geschickt hatte. Der gab ihm bei Austern und Hummer zu verstehen, dass die Bürger ihr Land nicht mehr zurückbekommen werden – und dass man auch anders könne, wenn nicht bald Ruhe einkehre. Ruichao hörte zu und sagte kein Wort. „Ich fühle mich wie das Fleisch in der Mitte eines Hamburgers“, sagt er. „Eingeklemmt von oben und von unten.“

Zweimal hat er bereits an seiner Rücktrittserklärung gearbeitet, zweimal hat er das Dokument wieder von seinem Computer gelöscht. In den letzten Tagen hat er ein neues Schreiben aufgesetzt. Einige Projekte will er noch zu Ende bringen. Die Hafemole, den Park.

Die Wahlen im nächsten Jahr? Wer weiß, ob noch Leute zur Wahl gehen werden. Wer weiß, ob die Wahlen überhaupt stattfinden. Nur eines weiß Ruichao sicher: Er wird sich nicht mehr als Kandidat aufstellen lassen.

Am Tag nach unserem Interview nimmt der stellvertretende Komiteevorsitzende von Wukan Urlaub und fährt mit dem Bus nach Shenzhen. In der Fabrikmetropole will Ruichao alte Bekannte treffen. Nur für den Fall, dass er wieder ins Handygeschäft einsteigt. ←



Rennen und Maul halten

Immer schon führten sich Fußballtrainer auf wie Diktatoren – und hatten sogar Erfolg. Aber kann man den auch mit Teams haben, in denen es basisdemokratisch zugeht? Eine Bestandsaufnahme

Text: Andreas Bock



Thomas Tuchel (oben) von Mainz 05 wirkt abseits des Platzes immer sehr ruhig, aber während des Spiels rastet er regelmäßig aus. Louis van Gaal (vorherige Seite) ist sogar stolz auf seinen Spitznamen: der General. Na denn

→ Manchmal scheint es, als ließe sich der Fußball in zwei Epochen einteilen: die Zeit vor Jürgen Klopp und die danach. In der Saison 2010/11, als der Trainer mit Borussia Dortmund erstmals richtig erfolgreich war, veröffentlichten zahlreiche Medien Abgesänge auf die Tyrannen von einst, und die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb, dass der Fußball nun „einige gesellschaftliche Entwicklungen mit Verspätung“ vollziehe. Es klang ein bisschen so, als wäre der Fußball ein Staat, der sich endlich seines Diktators entledigt hätte.

Dann kamen sie einem wieder in den Sinn: Trainer-Dämonen wie Ernst Happel, der zu einem seiner Spieler sagte: „Wann’s reden wollen, müssen’s Staubsaugervertreter werden“ und einem Freigeist wie Wolfram Wuttke Waldläufe befahl, während er in der Kabine jubelte: „Ich habe diesen Spieler erniedrigt!“ Alex Ferguson, dessen Credo „Macht und Kontrolle“ lautete und der David Beckham in einem Wutanfall mal einen Schuh an den Kopf kickte. Branko Zebec, der bei Ausdauerläufen knallhart die Runden zählte. Oder Werner Lorant, einst Trainer bei 1860 München, von dem dieser Satz übermittelt ist: „Die Spieler sollen rennen und das Maul halten.“

Das alles war vor Jürgen Klopp. Es müssen finstere Jahre voller Angst und Schrecken gewesen sein.

Die Sache ist allerdings: All diese Trainer waren erfolgreich. Und als die Diskussion um den neuen und gutherzigen Trainer-typen aufkam, hatte Louis van Gaal, der seinen Spielern zur Veranschaulichung seiner Macht einmal sein sehr großes Gemächt

gezeigt hatte, mit den Bayern die Meisterschaft gewonnen und sie ins Pokal- und Champions-League-Finale geführt.

Es stellte sich zudem die Frage: Ist Jürgen Klopp – abgesehen von der Sache mit dem Gemächt – so anders? Lässt er, nur weil er sich nonchalant gibt, im Kollektiv über die Mannschaftsaufstellung entscheiden? Kommt Mats Hummels erst um 17 Uhr zum Training, wenn er am Vorabend zu lange feiern war? Man darf das bezweifeln.

Einen basisdemokratischen Fußball findet man gegenwärtig in kaum einer Profiligen. Dabei hat es in der Fußballgeschichte

Die Stimme des Torwarts hatte genauso viel Gewicht wie die des Trainers

immer wieder Versuche gegeben, konventionelle Strukturen aufzubrechen. Anfang der 80er Jahre führte der geniale Spielmacher Sócrates unter dem Eindruck der brasilianischen Militärdiktatur bei seinem Club die „Democracia Corinthians“ ein. Fortan tobte bei den Corinthians Paulista kein Alleinherrscher in der Kabine, es diskutierte ein Plenum, denn die Mannschaft entschied alles durch Mehrheitsbeschluss. Die Stimme des dritten Torwarts oder des Zeugwarts hatte genauso viel Gewicht wie die des Sportdirektors oder des Mannschaftskapitäns. Dabei ging es mal um ver-

Graswurzel-Fußball in Deutschland

Im März 1979 treibt die Mannschaft des FC Bayern München Vereinspräsident Wilhelm Neudecker zum Rücktritt, weil er den Trainer-Diktator Max Merkel verpflichten will. Die Spieler stimmen mit 16 zu 0 Stimmen gegen den neuen Coach, Interimstrainer Pal Csernai darf bleiben und holt zweimal in Folge die Meisterschaft.

Bei Fortuna Köln hoffen im Januar 2009 mehrere Tausend Fans, über die Internetcommunity Deinfussballclub.de Einfluss auf Trainer und Aufstellung nehmen zu können. Zwei Jahre später müssen sie realisieren, dass sie nur über Belanglosigkeiten abstimmen dürfen. Das Projekt endet im Januar 2012 als gescheiterte Geschäftsidee.



Junge, bist du bekloppt? Auch Jürgen Klopp, der weltweit gemochte Dortmund-Trainer, macht gern klare Ansagen

meintlich banale Dinge wie die Dauer von Trainingseinheiten, die Aufstellung oder die Zubereitung des Mittagessens, häufiger aber um gesellschaftliche Fragen, etwa warum man politische Standpunkte ins Stadion transportieren sollte oder wie sich die Spieler der in Brasilien üblichen Praxis des „concentração“ widersetzen konnten, nach der sie schon Tage vor den Spielen in Hotels einkaserniert wurden, um von äußerlichen Einflüssen abgeschirmt zu werden.

Bis heute ist unbestritten, dass die Corinthians wichtig waren, um die brasilianische Öffentlichkeit gegen den Diktator João Baptista de Oliveira Figueiredo zu mobilisieren. Doch sportlich? Zwar konnte das Team in jener Zeit die Bundesstaatsmeisterschaft gewinnen, die wirklich großen Erfolge feierte der Club aber erst in den Neunzigern, als er dreimal brasilianischer Meister wurde und niemand außer dem Trainer das Sagen hatte.

In den vergangenen Jahren formierten sich im Fußball etliche Vereine, deren Gründungen zwar andere Ursachen hatten als die der Corinthians, aber ähnliche Motive. Im Mai 2002 beschloss zum Beispiel der englische Traditionsclub FC Wimbledon, in die Retortenstadt Milton Keynes umzusiedeln. Den Fan Kris Stewart erzürnte die Entscheidung der Cluboberen so sehr, dass er mit anderen Anhängern einen eigenen Verein gründete: den AFC Wimbledon. Um Spieler und Trainer zu gewinnen, führte er Castings durch und ließ alle Entscheidungen im Verein von den Anhängern fällen.

Ähnlich war es beim österreichischen Club Austria Salzburg. Als Red Bull im Jahr 2005 einstieg, machte das Unternehmen aus der Austria eine Art Betriebsmannschaft, tauschte die violett-weißen Vereinsfarben gegen Rot-Weiß und änderte den Namen in Red Bull Salzburg. Bei der neu gegründeten Austria übernahm ebenfalls ein Fan von der Basis, Moritz Grobovschek, die Geschicke. Auch er träumte davon, Entscheidungen von unten treffen zu können.

In Mexiko lässt der Drittligist Murciélagos FC die Anhänger über die Aufstellung, Taktik und sogar das Wohl des Trainers abstimmen. Der Initiator Elías Favela sagt dazu: „Die Trainer und die Sportdirektoren sind überbewertet, die wollen uns glauben lassen, dass der Sport komplizierter sei, als er ist.“ Nur: Wie lange kann man überhaupt ein herrschaftsfreies Idyll in einem kapitalistischen System wie dem Fußball aufrechterhalten?

In Salzburg hat Grobovschek seine Aufgaben schon lange abgegeben. Es sei alles zu sehr wie bei einem normalen Fußballverein geworden, hierarchisch und kommerziell. Selbst das Stadion hat mittlerweile einen Sponsorennamen: Es heißt „MyPhone Austria Stadion“. Seit drei Jahren hängt der Verein in der Regionalliga fest. Zumindest der AFC Wimbledon hat eine kleine Erfolgsgeschichte geschrieben: Er kehrte 2011 in die vierte Liga und somit in den Profifußball zurück.

Und ganz oben? Dort bellen die Trainer und Funktionäre heute vielleicht nicht mehr so wie noch vor ein paar Jahren. Manche lassen sich duzen, manche nehmen ihre Spieler in den Arm, und ihr Ego ist nicht mehr so groß wie das der „Sklaventreiber“ (Helenio Herrera) oder „Generäle“ (Louis van Gaal) von einst. Doch vermutlich gilt am Ende immer noch diese Erkenntnis: „Spieler wollen von Trainern gesagt bekommen, was sie zu tun oder zu lassen haben.“ Sie stammt von einem Spieler, der sich im Pokalfinale 1973 gegen den Willen seines Trainers selbst einwechselte. Sein Name ist Günter Netzer. ←

Es ist doch nicht so schwer

Warum nicht wählen ziemlich arm ist – sagt einer, der gern wählt

Dokumentation: Andreas Pankratz

Klar sollte sich jeder mehr einmischen als nur wählen zu gehen. Aber wer nicht einmal das tut, der kann gleich als Einsiedler im Wald verschwinden. Denn durch unsere Wahl entscheiden wir mit darüber, wie unser Leben in der Gesellschaft aussehen soll. Es gibt doch bei jeder Wahl ein Thema, das einen angeht. Und jeder hat eine Meinung, vielleicht nicht zu allen Themen, aber zu einem oder zwei ganz bestimmt. Für mich persönlich ist Bildung das wichtigste Thema, da ich mit dem Schul- und Unisystem überhaupt nicht zufrieden bin. Mit meiner Stimme habe ich Anteil daran, welche Gesetze verabschiedet werden. In unserem Grundgesetz steht ja: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Deswegen sollte zumindest der überwiegende Teil dieses Volkes abstimmen. Wer nicht wählen geht, darf sich über die Politik nicht beschweren.

Es gibt viele, die eine Wahl für überflüssig halten, weil die Parteiprogramme angeblich alle gleich sind. Die Parteien haben sich in den letzten Jahren angenähert, das stimmt. Aber im Detail gibt es schon wesentliche Unterschiede. Beim Thema Schule zum Beispiel in der Frage, ob Schüler länger gemeinsam lernen sollen und das System grundlegend verändert wird. Das sind keine Kleinigkeiten. Und da können einige Parteien meine Interessen besser vertreten als andere.

Ich habe zuletzt oft mit Leuten gesprochen, die ihre Meinung über Politiker nur aus den Medien haben. Man sollte sich

doch zumindest die Mühe machen, genauer hinzuschauen, die Parteiprogramme lesen. Aber vielen fällt erst kurz vor knapp ein, dass Wahlen anstehen. Sie erkennen auch nicht das Ausmaß, in dem Politik über ihr Leben bestimmt.

Mir ist klar geworden: Die Partei oder die Koalition, der ich meine Stimme gebe, wird nicht alles umsetzen, was sie jetzt ankündigt. Deswegen kann ich die Menschen verstehen, die sich über Politiker beklagen und sagen, dass die Politik ihre Versprechen nicht einhält. Man sollte damit rechnen, dass man in dem einen oder anderen Punkt enttäuscht wird. Trotzdem will ich mitentscheiden. Wir haben doch kürzlich bei den Landtagswahlen in Niedersachsen gesehen: Nur ein paar Hundert Stimmen können den Unterschied ausmachen. ←

Okan Bellikli, 21, aus Freiburg studiert Politikwissenschaft und schreibt für das Blog Junge-Wahlbeobachter.de



Auch nach der Wahl kannst du schauen, welche Partei deinen Vorstellungen am nächsten kommt: www.wahl-o-mat.de

Zahlen zum Thema

Vor der Bundestagswahl 2009 waren 39 Prozent der Unentschlossenen (also derjenigen, die nicht wussten, ob sie zur Wahl gehen) Männer, 61 Prozent Frauen.

39 Prozent der Nichtwähler finden es egal, welche Partei bei der Bundestagswahl 2013 die meisten Stimmen bekommt (bei den Wählern sind es nur sieben Prozent).

Deutschland hat im Vergleich mit 15 anderen westlichen Demokratien den zweithöchsten Rückgang bei der Wahlbeteiligung hinter Portugal: minus 18,3 Prozent seit 1983.

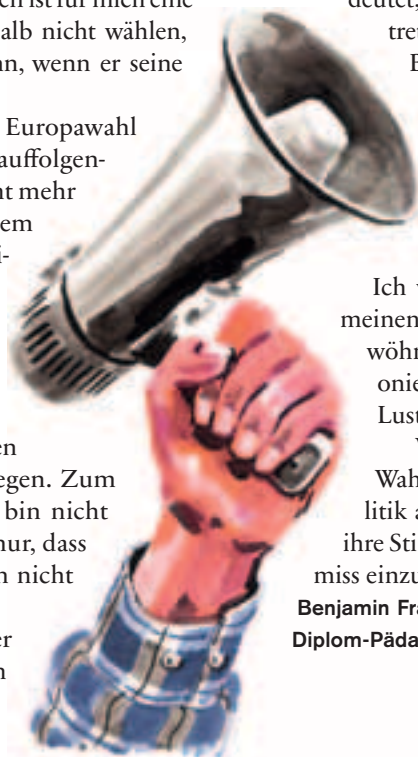
Macht es euch doch nicht so leicht

Warum wählen nicht reicht – von einem, der nicht wählen geht

Eine alte Frau sagte einmal zu mir, was sie an den Wahlen merkwürdig finde, sei, dass man seine Stimme abgeben müsse. Sie würde ihre Stimme lieber behalten. Das geht mir genauso: Ich möchte nicht nur jemanden wählen, der für meine Anliegen eintritt, sondern lieber direkt mitbestimmen. Jemandem nur ein Mandat zu erteilen ist für mich eine Art Kontrollverlust. Ich gehe auch deshalb nicht wählen, weil ich keinen Politiker abwählen kann, wenn er seine Versprechen bricht.

Zum ersten Mal habe ich bei der Europawahl 1999 gewählt, da war ich 18. Bei der darauffolgenden Bundestagswahl war ich schon nicht mehr dabei. Seitdem habe ich mich viel mit dem demokratischen System und Alternativen dazu beschäftigt. Denn ich bin sehr an politischen Prozessen und Entscheidungen interessiert. Die Politik in meiner Stadt beobachte ich kritisch und versuche hin und wieder, öffentlich zu machen, was mir gegen den Strich geht, und Diskussionen anzuregen. Zum Beispiel mithilfe der Lokalpresse. Ich bin nicht frustriert oder verdrossen, ich glaube nur, dass Parlamente und Parteien die Menschen nicht richtig vertreten können.

Unabhängig davon, wie gut oder schlecht die Politik ist: Die Vorgänge in den Parlamenten und anderen Organen sind oft abstrakt, autoritär und leblos.



Eine Auseinandersetzung mit der Realität findet in der hiesigen Politik nicht statt. Was in irgendwelchen abgehobenen Gremien passiert, macht mein Leben und die Gesellschaft nicht besser.

In meinen Grundsätzen sehe ich mich als Anarchisten. Das hat nichts damit zu tun, dass ich Unordnung stiften will. Es bedeutet, dass ich für eine Politik der Selbstbestimmung eintrete. Demokratie funktioniert aus meiner Sicht nur als Basisdemokratie, in der Menschen über alle gesellschaftlichen Angelegenheiten abstimmen können. Statt die Macht einem Parlament zu geben, treffen sie selbst Entscheidungen, mit denen alle leben können. Es wäre schön, die Verantwortung auf viele Menschen in der Gesellschaft zu verteilen und dadurch die Kontrolle zu behalten.

Ich weiß, dass vieles davon Utopie ist und ich durch meinen akademischen Hintergrund eher an Theorien gewöhnt bin. Aber zumindest im Lokalen kann das funktionieren. Und ich bin sicher, dass sehr viele Menschen Lust hätten, sich stärker einzubringen.

Viele Wähler glauben, dass es damit getan ist, bei der Wahl ihre Stimme abzugeben. Sie glauben, dass die Politik alles regelt – wie ein Dienstleister. Und viele geben ihre Stimme bewusst dem kleineren Übel. Diesen Kompromiss einzugehen, darauf habe ich keine Lust. ←

Benjamin Frank, 32, aus Meerbusch hat kürzlich sein Studium als Diplom-Pädagoge beendet

Viele Nichtwähler interessieren sich durchaus für Politik: Nur 18 Prozent der Nichtwähler unterhalten sich nie oder selten über Politik, 43 Prozent dagegen häufig.

Die meisten gehen nicht wählen, weil „die Politiker kein Ohr mehr für die Sorgen der kleinen Leute haben“: Das sagen 34 Prozent. Für die wenigsten war das schlechte Wetter schuld oder der Weg zum Wahllokal zu weit (je ein Prozent).

Je jünger, desto Nichtwähler: Drei Monate vor der Bundestagswahl 2013 sagten 64 Prozent der Altersgruppe ab 60 Jahre, dass sie bestimmt zur Wahl gehen. In der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen waren das nur 38 Prozent.

„Alter, was soll der Kack?“



Willst du nicht mal aufräumen: Wie bringt man Eltern bei, dass es sich im kreativen Chaos super lernen lässt? Oder stimmt das womöglich gar nicht?



In Taggen
eine Eins.
Man müsste
nur mal die
Kunstlehrerin
einladen

Den Eltern mal sagen, wo's langgeht. Selbst entscheiden, wie lange man vor dem Computer sitzt. Essen, worauf man Lust hat: Lara, 16, und ihr Bruder Jonny, 12, machten vor zwei Jahren mit ihren Eltern einen ziemlich guten Deal: Einen Monat lang hatten sie das Sagen in der Familie

Interview: Imke Emmerich

→ **Riesenportionen Eis, Schule schwänzen, abends bis in die Puppen aufbleiben. Wie gut war's wirklich?**

Lara: Das war natürlich toll, weil wir einfach machen konnten, was wir wollten. Zwar hatten wir vorher auch Freiheiten, aber es ist schon etwas anderes, wenn einem bewusst ist, dass man das Sagen hat.

Jonny: Das war schon ganz nice alles. Viel gechillter! Auf jeden Fall ein gutes Erlebnis, aber es muss auch nicht zur Gewohnheit werden. Es hatte auch Nachteile.

Nämlich welche?

Jonny: Zum Beispiel musste man den Eltern die ganze Zeit sagen, was sie machen sollen. Irgendwie ist es auch nervig, jedem sagen zu müssen: „Mach dies, mach das!“

Aber es hat euch schon auch Spaß gemacht, andere herumzukommandieren?

Lara: In manchen Momenten: Ja! Wenn meine Mutter wieder versucht hat, mir zu sagen, dass sie das an meiner Stelle ganz anders machen würde. Diese Gewissheit: Das kann sie jetzt ja sagen und finden – aber es bringt nix und hat überhaupt keine Auswirkung auf das, was passieren wird. Das war eine Genugtuung.

Erzählt mal genauer. Was habt ihr in den vier Wochen besonders ausgekostet?

Lara: Vor allem saßen wir vor dem Fernseher – wir sind von der Schule nach Hause gekommen und haben ihn eingeschaltet, davor gegessen, davor Hausaufgaben gemacht. Mein Bruder hat auch einen ausgeliehenen Nintendo zurückverlangt von dem

Freund meines Vaters. Vorher durften wir damit nicht viel spielen, aber das konnte uns dann ja keiner mehr verbieten.

Jonny: Mein Papa hatte auch eine Wette verloren und musste mir ein neues Spiel dafür kaufen. Das hab ich dann eine Weile lang gesucht.

Dein Vater hat irgendwann ja auch heimlich den Fernseher sabotiert, weil du Serien in Dauerschleife geschaut hast.

Jonny: Ja, ich habe erst mal gedacht: „Alter, was soll der Kack?“ Ich hätte so gerne die ganze Zeit Fernsehen geguckt! Multitaskingmäßig – mit einer Hand Nintendo spielen, mit der anderen durchs Fernsehen zappen! Ich fand es aber auch ganz lustig, dass Papa mich die ganze Zeit reingelegt hat.

War doch ganz schön anstrengend, den Eltern zu sagen, wie's läuft

Lara, dein Vater hat beschrieben, dass du die Familie geführt hast wie ein Unternehmen. Hast du dich auch wie eine Unternehmerin gefühlt?

Lara: Ja, ein bisschen wie eine Managerin. Ich habe mich oft hingesetzt und Pläne für die ganze Woche gemacht, was es zu essen gibt, was eingekauft werden muss und wann.

Bei dir gab es strikte Geldrationen und Gartenarbeit als Strafe für die ungehorsame Mutter. Meinst du, man wird mit zunehmender Verantwortung auch ein bisschen spießiger?

Lara: Ja, auf jeden Fall. Zumindest wenn man eine bestimmte Vorstellung davon hat, wie es laufen soll.

Und welche hattest du?

Lara: Ich wollte meinen Eltern nicht zu viele Vorschriften machen, man hat irgendwie auch an die Zeit nach dem Experiment gedacht. Ich wollte nicht so tyrannisch sein und den „neuen Kindern“ eine schlimme Zeit bereiten.

Wart ihr am Ende froh, dass die Rollen wieder getauscht wurden?

Jonny: Also für mich war das alles sehr entspannt! Aber ich glaube, wenn man alleine lebt wie Pippi Langstrumpf – dann ist es schwieriger. Man muss selber kochen und das Haus sauber halten. Die Aufgaben habe ich eigentlich gar nicht übernommen, die anderen haben ja gearbeitet. Lara hat das alles ein bisschen ernster genommen.

Lara: Neben der Schule wurde mir das am Ende viel zu viel, obwohl ich Sachen delegiert habe an meine Eltern. Ich genieße es deshalb gerade, noch nicht die volle Verantwortung für mein Leben übernehmen zu müssen.

Funktioniert das Zusammenleben am besten mit Regeln?

Lara: Ich finde schon, dass Regeln wichtig sind. Zum Beispiel, dass man zumindest grob einteilt, wer wofür verantwortlich ist und welche Aufgaben übernimmt. Damit man sich nicht in die

Haare kriegt, weil man das Gefühl hat, dass nichts passiert – während man selbst aber auch nichts tut.

Jonny: Hm, nicht unbedingt Regeln. Ich finde, das Wichtigste ist, dass jeder wenigstens ein bisschen Verständnis für den anderen hat. Damit es nicht zu Streit kommt. Ich bin ja nicht so scharf darauf, die ganze Zeit zu helfen, aber ab und zu mal den Geschirrspüler ausräumen und so – das sollte jeder mal machen. Später mach ich das auch öfter.

Wenn Verantwortung für euch so anstrengend war: Könnt ihr verstehen, warum manche Politiker oder Manager ihre Macht nicht wieder abgeben wollen?

Lara: Ich nicht. Wahrscheinlich ist es diese Gewissheit von Kontrolle: das Wissen, dass sie sich durchsetzen können.

Jonny: Es gibt bestimmt auch Leute, die ihre Macht genießen. Ich bin ja jetzt noch ein Kind, und die sind erwachsen, die sind es also schon gewohnt, über sich selbst zu bestimmen. Dann finden sie diesen Zusatz, über noch mehr Leute bestimmen zu können, gar nicht so schlecht und kosten das aus.

Kann es denn nicht manchmal auch sinnvoll sein, dass nur einer bestimmt – wie ein König, der regiert?

Jonny: Ab-so-lu-tis-mus! Finde ich total blöd. Ist doch viel besser, wenn die Leute zusammen entscheiden.

Lara: Wenn man der König ist, ist es vielleicht praktisch für einen selbst. Aber dadurch sind viel mehr Leute unzufrieden mit den Dingen, die geschehen, weil nur eine einzige Person ihre Interessen durchsetzt. Ich finde zum Beispiel, dass es den Menschen im Durchschnitt in Demokratien wesentlich besser geht als in Diktaturen, dass es einen größeren Mittelstand gibt und es vielen gut geht.

Glaubt ihr, dass Kinder in Deutschland im Familienalltag genug mitentscheiden dürfen?

Lara: Ich finde, dass Kinder mehr entscheiden sollten bei Sachen, die ihr eigenes Leben betreffen. Irgendwann ist man von zu Hause weg, hat aber bis dahin vielleicht immer nur von den Eltern zu hören bekommen, was man wie tun soll. Eltern sollten ihre Kinder früher mehr Verantwortung übernehmen lassen und sie nicht so stark bevormunden.

Jonny: Der Vorteil wäre doch auch, dass Eltern mal denken würden: „Ah, so habe ich das vorher noch gar nicht gesehen!“ Dass sie sich in das Kind hineinversetzen und seine Entscheidungen auch nachvollziehen können.

Wie ist das jetzt bei euch nach dem Experiment: Hat sich etwas verändert im Umgang miteinander?

Lara: Mein Bruder und ich können viel besser nachvollziehen, wie viel Arbeit und Verantwortung es ist, sich um alles zu kümmern. Wir helfen auch von uns aus mehr mit.

Jonny: Dass die Erwachsenen auch mal rummosern, kann ich jetzt besser verstehen.

Lara: Und wenn wir mal keine Lust haben, irgendwohin mitzukommen, sagen unsere Eltern jetzt: „Okay, das ist eure Entscheidung.“ ←

Laras und Jonnys Vater, Jochen Metzger, hat ein Buch über den Versuch geschrieben. Es heißt „Alle Macht den Kindern“

2. Kapitel

**Es ist
ein
Kreuz**

Was
eine Stimme
so alles
bewirken
kann



Hände hoch

Die Schweizer haben es gut. Ständig dürfen sie über neue Gesetzesvorlagen abstimmen. Gerade geht es darum, wieviel Manager verdienen dürfen. Bericht aus dem Land der direkten Demokratie

Text: Alice Kohli

→ Rund 25.000 US-Dollar am Tag, 3.125 US-Dollar pro Stunde: So viel soll der ehemalige Verwaltungsratspräsident des Schweizer Pharmaunternehmens Novartis, Daniel Vasella, für seine neue Tätigkeit als Berater erhalten. Damit entspricht Vasellas Stundenlohn einer Monatsmiete für eine Dreizimmerwohnung in bester Lage in Zürich. Oder dem Monatslohn einer ungelerten Haushaltshilfe. Oder einer Nacht in einer Superior Suite des „Dolder Grand“ am Zürichberg. Ziemlich viel Stutz, wie die Schweizer sagen würden.

Selbst in einem Land, in dem so viele Millionäre wie kaum irgendwo sonst wohnen, sorgte die Höhe des Honorars landesweit für Naserümpfen. Dabei ist Vasellas Vertrag nicht der einzige Fall, der für den rasanten Anstieg der Managergehälter steht. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat ausgerechnet, dass sich die Zahl der Personen, die eine Million Franken (rund 800.000 Euro) und mehr pro Jahr verdienen, von 1997 bis 2008 mehr als verfünffacht hat.

„Es war eine Mischung aus Empörung und Unzufriedenheit“, erinnert sich Marco Kistler an den Moment, in dem sein Kampfgeist erwachte. Der schlaksige Ostschweizer

ist der Gemeinderat im Kanton Glarus. Den Glarner Dialekt des 29-Jährigen erkennt man gleich. Er sagt „Partii“ statt „Partei“, „ufbuue“ statt „aufbauen“. 2008, als die Bankenkrise die Welt erschütterte und die gigantischen Gehälter der Verantwortlichen bekannt wurden, war er 24 und hatte einen Posten in der Geschäftsleitung bei den Jusos, der Jungpartei der Sozialdemokraten. Und eine Idee: Was wäre, wenn der höchste Lohn in einem Unternehmen das Zwölfwache des geringsten Lohnes nicht übersteigen dürfte? Wenn beim Zwölffachen einfach mal Schluss wäre?

1. Der Anfang

„Es war einfach mal eine Idee unter vielen“, sagt Marco Kistler heute. Auf seinem T-Shirt prangt eine imposante Berglandschaft. Darüber steht in grauen Zahlen: „1:12“. Das ist das Kampagnenlogo. Wie genau er auf die Volksinitiative gekommen war, weiß Marco nicht mehr, aber natürlich hatte das weltweite Entsetzen über die risikoreichen Geschäfte der Banker damit zu tun. „Es gab aber damals noch keine öffentliche Diskussion darüber, ob man in diesem Bereich überhaupt demokratisch mitreden könnte.“



Tatsächlich ist es in den Kantonen Appenzell Innerrhoden und Glarus noch immer so, dass alle zum Handheben zusammenkommen

Mit einer Volksinitiative kann jeder in der Schweiz eine Verfassungsänderung anregen. Hat man genügend Unterschriften von Stimmberechtigten gesammelt – bei einer landesweiten Initiative sind davon 100.000 in 18 Monaten nötig –, kommt es zur Abstimmung. Allerdings oft erfolglos: Im Gegensatz zu Vorschlägen, die von der Regierung ausgehen, werden Initiativen aus dem Volk in den meisten Fällen abgelehnt. So sagten die Schweizer erst vor ein paar Monaten Nein zu einer Gewerkschaftsinitiative, die mehr Ferien gefordert hatte. Die Mehrheit hatte sich von der Gegenkampagne der Wirtschaftsverbände überzeugen lassen, die vor wirtschaftlichen Einbußen gewarnt hatten.

Trifft eine Initiative allerdings den Nerv der Zeit, hat sie bessere Chancen. So haben die Schweizer – wohl aus Angst vor Überfremdung – mehrheitlich die sogenannte Minarett-Initiative angenommen: Minarette dürfen in der Schweiz nun nicht mehr gebaut werden. Die vier, die es schon gibt, können immerhin stehen bleiben. Das Ergebnis galt Kritikern der Volksabstimmungen als Beleg dafür, dass Plebiszite auch demokratiefeindlich sein können, wenn als Ergebnis die Rechte von Minderheiten eingeschränkt werden. In Deutschland war man auch verwundert, als eine weitere Abstimmung dazu führte, dass in Zürcher Kindergärten kein Hochdeutsch, sondern Schwyzerdütsch gesprochen werden muss.

Derzeit ist es nicht das ewige Thema, wie man den eigenen Dialekt erhält, diesmal sind es die Managergehälter, die auf hohes Interesse stoßen. Im März 2013 haben die Eidgenossen die sogenannte „Abzocker-Initiative“ angenommen, mit 68 Prozent der Stimmen. Das bedeutet: Ab 2014 sind Abfindungen und Antrittsprämien in börsennotierten Unternehmen der Schweiz verboten.

2. Die Unterschriftensammlung

Das Wort „Abzocker“ gefiel auch den Jungpolitikern, die 2009 zum Sammeln der Unterschriften für die 1:12-Initiative loszogen. „Abzocker, zieht euch warm an“, schrieben sie auf ein Plakat, das eine Fotomontage mit drei weitgehend nackten Schweizer Topmanagern zeigte, darunter auch ihr Lieblingsfeind, Pharma-Manager Daniel Vasella. Dieser klagte wegen des Plakats – und verlor den Prozess.

Die direkte Demokratie in der Schweiz

In der Regel wird viermal jährlich über Sachfragen abgestimmt. Dann bekommt jeder Bürger ein Heftchen mit Argumenten, Gegenargumenten und einer Empfehlung des Bundesrats, der schweizerischen Bundesregierung, zugeschickt (die 1:12-Initiative wird vom Bundesrat übrigens zur Ablehnung empfohlen). Weitere Urnengänge auf Kantons- und Gemeindeebene kommen hinzu – und alle vier Jahre werden die Nationalräte, also die Mitglieder der großen Kammer des Schweizer Parlaments, gewählt. Je ausgeprägter die direktdemokratischen Mitsprachemöglichkeiten sind, desto höher ist die Lebenszufriedenheit der Bürger, wie in einer Studie des „Economic Journal“ zu lesen war.

In den meisten Kantonen wird brieflich oder per Urnengang abgestimmt und gewählt. Nur in Appenzell Innerrhoden und in Glarus wird die Demokratie in ihrer wohl ursprünglichsten Form gelebt: auf dem Dorfplatz während der sogenannten Landsgemeinde. Die Abstimmungen erfolgen dort per Handheben.

Die Unterschriften wurden auf der Straße gesammelt, meist an belebten Plätzen, von 500 freiwilligen Helfern mit Klemmbrettern und Infomaterial im Rucksack. Nach dem Sammeln der Unterschriften müssen diese zur Beglaubigung in die Gemeinden gesendet werden, in denen die Unterstützer wohnen – angesichts von gut 2.400 Gemeinden ein gewaltiger zusätzlicher Aufwand. „Wir haben fast jedes Wochenende zusammen mit etwa zehn oder 20 Freiwilligen Unterschriften sortiert“, erinnert sich Marco Kistler.

3. Die Kampagne

Am 21. März 2011 wurden die Pappkisten mit den Unterschriften bei der Schweizer Regierung eingereicht. Mittlerweile war aus der Idee eine landesweite Bewegung gewor-

den, die Zeitungen veröffentlichten Artikel, die Wirtschaftsverbände rüsteten zu einer millionenschweren Gegenkampagne. Die Bundeskanzlei setzte den Tag der Abstimmung auf den 24. November 2013 fest. In der Zeit bis zur Abstimmung wollen die Jungpolitiker 10.000 Schweizer dazu bewegen, Fahnen mit dem Logo aufzuhängen.

4. Die Gegner

Die 1:12-Initiative sei von Neid, Missgunst und Polemik geprägt – so lauten die Argumente der Gegner. Sie sei sogar ein Angriff auf die Wirtschaftsfreiheit und gefährde den Wohlstand des Landes. Denn zahlreiche Firmen würden ins Ausland übersiedeln, wenn die Schweiz die Gehälter der Manager privater Unternehmen nach oben beschränke. „Weil wir vernünftig sind, stimmen wir im Herbst 2013 mit Nein zur 1:12-Initiative“, heißt es auf einer Website.

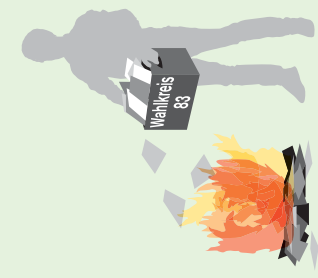
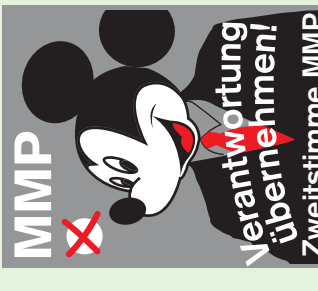

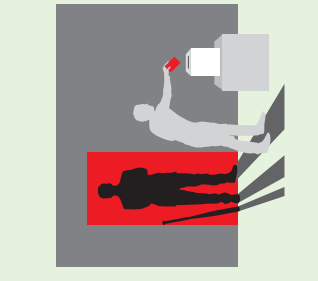
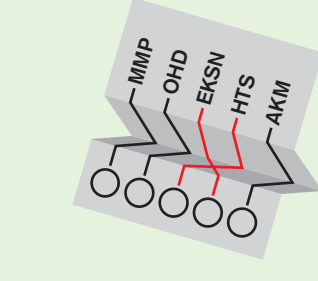
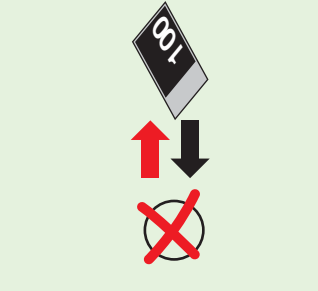
Die Wirtschaftsverbände, die die Gegenkampagne tragen, haben deutlich mehr Geld, um Stimmung zu machen. Allerdings könnten es eher die Schlagzeilen sein, die die Stimmung beeinflussen. So ging ein Aufschrei durch die Presse, als der Pharma-Manager Daniel Vasella nach seinem Rücktritt eine – später annullierte – Prämie von 72 Millionen Franken (rund 58 Millionen Euro) erhalten sollte, damit er nicht zur Konkurrenz geht. Über die neueste Veröffentlichung von Vasellas Beraterhonorar stöhnte selbst die unternehmerfreundliche „Neue Zürcher Zeitung“: „Bitte nicht schon wieder.“

5. Die Abstimmung

Sicher ist der Ausgang der Volksinitiative noch keineswegs. Manche bemängeln, dass die Begrenzung der Gehälter zu willkürlich ist. Tatsächlich kann selbst Marco Kistler nicht erklären, wieso das Verhältnis der Löhne ausgerechnet 1:12 sein soll. „Wir stellen jetzt einfach mal die Frage, wie es wäre, wenn die Grenze bei 1:12 liegen würde.“

Im November wird sich also zeigen, ob die Schweiz die Managerlöhne in Unternehmen deckelt. Es ist wie ein Test für das ganze Land – wieder mal ein Experiment, das darüber Aufschluss gibt, wie groß der Handlungsspielraum in einer direkten Demokratie ist. ←

Im Strafgesetzbuch widmen sich folgende Paragrafen der Wahlverfälschung

					
<p>§ 107 Feststellung des Wahlergebnisses per Gewalt oder Drohung verhindern</p>	<p>§ 107b Unbefugte Eintragung in die Wahlkartei für sich oder andere; Verhinderung der rechtmäßigen Eintragung; unrechtmäßige Aufstellung zur Wahl</p>	<p>§ 107c Verletzung des Wahlgheimnisses</p>	<p>§ 108 Nötigung zur Stimmabgabe oder Verhinderung der Stimmabgabe</p>	<p>§ 108a Den Wähler täuschen (sodass zum Beispiel Menschen irrtümlich das Kreuz an der falschen Stelle machen)</p>	<p>§ 108b Wählerbestechung</p>

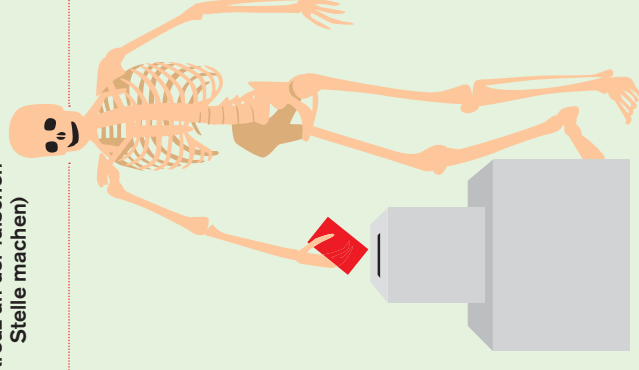


KAMBODSCHA 2013

Für weniger als vier Euro konnte man in manchen Teilen Kambodschas bei den diesjährigen Parlamentswahlen eine Stimme kaufen. Vorwürfe des Wahlbetrugs haben in dem südostasiatischen Land Tradition. Auch bei der Registrierung für die Wählerlisten kam es zu großen Unregelmäßigkeiten. Journalisten berichteten von Fabrikbelegschaften, die geschlossen zu Wahlurnen gefahren wurden, und Bürgern des benachbarten Vietnam, die in kambodisch-schanischen Dörfern ihre Stimme abgaben. Die Regierung profitierte offenbar von den Manipulationen: Die Macht der regierenden kambodschanischen Volkspartei bleibt nach der Verkündung des Wahlergebnisses unangetastet, auch wenn sie einige Sitze im Parlament abgeben musste.

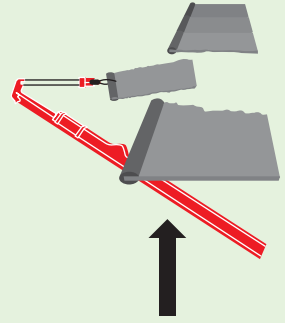
Für die Urne

Dass man wählen kann, ist noch lange kein Beweis dafür, dass es auch demokratisch zugeht. Dafür gibt es weltweit zu viele Fälle von Wahlbetrug. Eine Übersicht



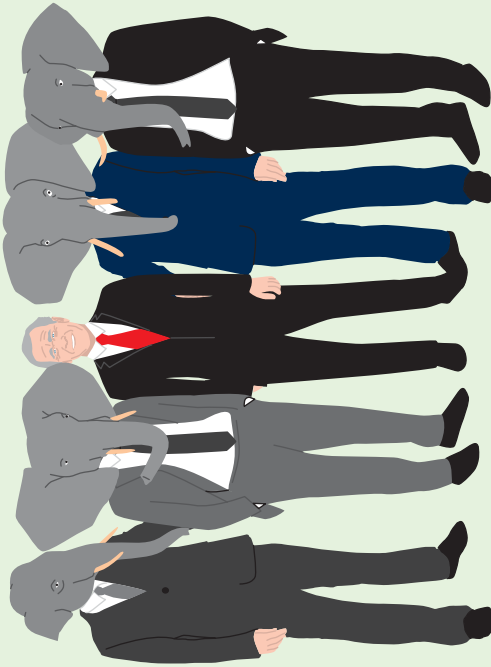
SIMBABWE 2013

Mit besonderem Engagement fälscht Simbabwes Präsident Robert Mugabe seit 30 Jahren die Wahlen in seinem Land. Zwar zwangen ihn vor fünf Jahren öffentliche Proteste dazu, den Oppositionsführer Morgan Tsvangirai zum Regierungschef zu ernennen. An seinem autoritären Stil ändert das jedoch nichts. Bei den Wahlen in diesem Jahr standen mehr als eine Million Menschen auf den Wählerlisten, die entweder tot oder aus Simbabwe weggezogen sind. Bei 13 Millionen Einwohnern sollen alleine mehr als 100.000 Wähler älter als 100 Jahre gewesen sein.



KOMMUNALWAHL DDR 1989

Bei der Kommunalwahl in der DDR im Mai 1989 erhielt die Staatspartei SED ihr bis dato schlechtestes Ergebnis von 98,7 Prozent. Der Unterschied zu früheren Wahlen: Dieses Mal hatten Bürger rechtlich im ganzen Land die Auszählung der Stimmen beobachtet und ihre unabhängigen Zahlen zusammengetragen. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass sieben Prozent der Wähler gegen die SED gestimmt hatten. Damit hatten die Bürger erstmals den Beweis, dass der Staat die Wahlergebnisse systematisch fälschte. Von dem Ereignis ging eine starke Signalwirkung für die Bürgerrechtsbewegung aus, die schließlich mit dem Fall der Mauer endete.



FLORIDA 2000

Der demokratische Präsidentschaftskandidat Al Gore bekam im Jahr 2000 USA-weit mehr Stimmen als sein republikanischer Kontrahent George W. Bush – die Wahl verlor er trotzdem. Denn in Florida erreichte Gore bei mehr als 6 Millionen abgegebenen Stimmen angeblich 537 Stimmen weniger als Bush. Der Bundesstaat ging damit komplett an Bush. Pikant war dieses Ergebnis, weil es Berichte über Benachteiligungen einzelner demokratischer Wählergruppen gab sowie über Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung. Der oberste Gerichtshof – mehrheitlich von Richtern besetzt, die zuvor von republikanischen Präsidenten nominiert worden waren – verbot nach einigen Wochen Wahlchaos eine Neuauszählung. Der Gouverneur von Florida war übrigens Bushs Bruder Jeb.

ELFENBEINKÜSTE 2010

2010 waren die Bürger der Elfenbeinküste zum ersten Mal nach einer Dekade wieder dazu aufgerufen, einen Präsidenten zu bestimmen. Die Wahl geriet zum Desaster: Der bisherige Präsident Laurent Gbagbo erklärte sich zum Gewinner, während die internationale Gemeinschaft den Kandidaten der Opposition Alassane Ouattara als Sieger sah. Als Gbagbo nicht abtrat, eroberte Ouattara mithilfe loyaler Militärs und UN-Streitkräften die größten Städte des Landes und schließlich auch den Präsidentenpalast. Bei den Kämpfen begingen sowohl Militärs von Ouattara als auch von Gbagbo Kriegsverbrechen. Der ehemalige Präsident wurde schließlich festgenommen. Derzeit findet in Den Haag vor dem Internationalen Strafgerichtshof der Prozess gegen ihn statt.



CHILE 1988

Nachdem der chilenische General und Putschist Augusto Pinochet 1978 ein vermutlich manipuliertes Referendum für sich entscheiden konnte, stand zehn Jahre später eine weitere Wahl an, die seine Macht legitimieren sollte. Allerdings baute das Oppositionslager mithilfe von Marketingexperten eine kreative Werbekampagne auf, die die Mehrheit der Chilenen überzeugte, gegen den General zu stimmen. Der Versuch, das Wahlergebnis im Nachhinein noch zu manipulieren, schlug fehl, weil Teile der Machteite Pinochet und seine Pläne nicht mehr unterstützten. So gewann die Opposition, und Pinochet übergab anderthalb Jahre später die Macht an eine demokratische Regierung.

82,6



WEISSRUSSLAND 2006

„Der letzte Diktator Europas“ wird der belarussische Präsident Alexander Lukashenko genannt. Dass er Wahlen in seinem Land manipuliert, gab er in einem Interview bereits zu: 2006 habe er bei seiner Wiederwahl nach der Auszählung 93 Prozent der Stimmen erhalten, dann aber ein niedrigeres Ergebnis angeordnet, um seinen Sieg nicht zu übermächtig erscheinen zu lassen, sagte Lukashenko einer russischen Zeitung. So kam er am Schluss offiziell auf 82,6 Prozent. Letztlich ist das aber auch egal: Internationale Wahlbeobachter bewerteten den Urmengang weder als fair noch als frei.



RUSSLAND 2012

Mit dem Irakkrieg wollte George W. Bush die „Herzen und den Verstand der Menschen“ im Irak gewinnen. Woran er scheiterte, das gelang Russlands Premier Wladimir Putin in Tschetschenien – zumindest, wenn man sich die Wahlergebnisse in der kaukasischen Provinz ansieht. 99,76 Prozent der Wähler stimmten dort bei den Präsidentschaftswahlen 2012 angeblich für Putin, der ein Jahrzehnt zuvor die russische Armee nach Tschetschenien geschickt hatte. Tausende starben in dem Krieg, in dem Soldaten und Rebellen auch Zivilisten folterten und ermordeten. Seither wird die Region von Putins Kumpanen Ramsan Kadyrow regiert, dessen Regime die Macht fest in der Hand hält – und offensichtlich auch die Wahlurnen.

PINOCHET

Böse Menschen haben keine Lieder

Wenn Nena ausrastet und Dieter Bohlen brüllt, ist das ja eher zum Lachen. In Afghanistan kann aus der Talentshow „Afghan Star“ eine toderne Sache werden: wenn die Falschen gewinnen oder einer Frau das Kopftuch verrutscht. Dennoch ist sie für viele Afghanen ein Aufbruch in Richtung Demokratie

Text: Marc Thörner



„Afghan Star“ ist für viele Menschen ein Ausblick in eine freiere Gesellschaft, die sie im Alltag noch vermissen

→ „Du wärst noch besser, wenn du deine Töne binden würdest.“

„Konzentrier dich nicht nur auf die Kehle. Schöpf die Energie doch aus dem Bauch.“

„Heb deine Hand zum Ohr. Auf diese Weise erreichst du einen Monitor-Effekt und hörst dich selber ...“

Der junge Mann im engen Glitzer-Outfit nickt, lächelt, dreht verlegen das Mikrofon in den Händen herum, dankt für die Tipps. Seine Juroren sind ehrwürdige Herren mit Schiebermützen, grau melierten Haaren und Brillen. Nur die Frau in der Jury sticht heraus – mit viel Make-up, künstlichen Wimpern und schwarz umtuschtem Mandeläugen. Anders als die drei Männer steht sie am Ende ihres Statements plötzlich auf, strahlt in die Kamera und singt eines ihrer Lieder, die sie berühmt gemacht haben. Der ganze Saal ist aus dem Häuschen und klatscht begeistert mit.

„Afghan Star“ heißt hier die Entsprechung zu „Deutschland sucht den Superstar“, doch singen die Bewerber hier kaum moderne Popsongs, sondern vor allem traditionelle afghanische Lieder – die sich eng an der indischen Musik orientieren, mit Tabla-Trommeln und Sitar, der indischen Laute mit den metallisch nachhallenden Saitenklängen. Einen Krawallmacher wie Dieter Bohlen, der die Kandidaten vor laufender Kamera runterputzt, gibt es auch nicht. Vielleicht ist es besser so in einem Land, in dem Gewalt gegen Andersdenkende an der Tagesordnung ist.

Während die deutsche Kandidatensuche der Belustigung dient, ist diese Art Show im Vielvölkerstaat Afghanistan immer auch ein Stück Politik.

Im Wohnzimmer von Achmed, einem in Hamburg lebenden Exil-Afghanen Ende 30, läuft der Fernseher, und die Familie nimmt interessiert zur Kenntnis, dass die meisten Sänger Hasara sind. Usbeken, schön und gut, von ihnen leben sehr viele im Norden Afghanistans, Seite an Seite mit den Tadschiken. Paschtunen stellen von jeher die Mehrheit im Land. Aber Hasara? Sie gehören zu einer Minderheit, die immer wieder verfolgt wurde. Von den meisten Afghanen unterscheiden sie sich durch ihre asiatischen Gesichtszüge, viele von ihnen sind Schiiten, gehören also zu einer Gruppe, die weltweit nur rund zehn Prozent aller Muslime ausmacht. Unter den Top Ten von „Afghan Star“ sind sie überproportional vertreten. Und der Letzte, der

Manche Afghanen bezeichnen die Show als „eine der besten Waffen gegen die Mullahs und Taliban“

den Wettbewerb gewann, war ein Hasara. In dem zerrissenen Land ist das für viele Anlass für Verschwörungstheorien.

Auch Achmed, der Tadschike ist, hat eine Ahnung, warum der Sender die Schiiten bevorzugt: „Afghan Star“ läuft auf Tolo TV, dem populärsten Sender des Landes mit einem Marktanteil von rund 45 Prozent. Tolo TV gehört Exil-Australiern und erhielt 2004 Gelder von der staatlichen US-amerikanischen Hilfsorganisation USAID. Die Taliban sind meist Paschtunen – und damit alte Feinde der Hasara. Für Achmed steht fest: Die Amerikaner wollen die Rückkehr der paschtunischen Taliban verhindern, indem sie ihre Gegner fördern.

„Mach mal halblang!“, ruft Achmeds Frau Mahsa Taji aus dem Nebenzimmer und erklärt ihre Sicht der Dinge: Afghanistan habe sich ganz einfach verändert. Trotz allem, was man in den Medien tagtäglich höre von Bomben, Taliban und Terror gegen Frauen. Es sei eine Art Öffentlichkeit entstanden, in der ethnische Zugehörigkeiten keine Rolle mehr spielten. Formate wie „Afghan Star“ trügen dazu bei. Es gehe nicht darum, welchem Stamm jemand angehöre, sondern wer der Bessere sei. Und wenn die Leute direkt, per SMS, ihr Votum abgeben – ist das nicht eine Übung in Demokratie? „Afghan Star“ ist subversiv“, sagt Mahsa. „Eine der besten Waffen gegen die Mullahs und die Taliban.“

Die sehen das offenbar genauso. Seit Beginn der Show im Jahr 2005 erhielten Frauen, die bei „Afghan Star“ mitmachten, immer wieder Morddrohungen. Weil sie beim Singen tanzten – wie Setara Husainzada, eine Tadschikin aus Herat. Während einer der ersten Staffeln von „Afghan Star“ rutschte ihr beim Tanzen zudem das Kopftuch auf die Schultern. Bereits am nächsten Tag stachelten Geistliche die Empörung gegen die Sängerin an. Weil Herat so etwas wie das spirituelle Zentrum Afghanistans ist, verfügt der sogenannte Rat der Religionsgelehrten über viel Einfluss. Sein Vorsitzender tritt für den in Saudi-Arabien beheimateten Wahhabismus ein – eine islamisch-rigoreuse Glaubenslehre – und sorgte dafür, dass alle öffentlichen Musikdarbietungen als „unislamisch“ verboten wurden, auch Theater- und Kinoproduktionen.

Etwa zur gleichen Zeit, als die Mullahs die „Afghan Star“-Bewerberin zur Unperson erklärten, versuchten Achmed und Mahsa gerade, ein Kino in der Stadt zu



Tradition und Moderne: In Afghanistan wurde schon immer gern und viel gesungen. Auch deshalb ist die Sendung ein großer Erfolg

eröffnen, und wurden, wie die Sängerin, der Gotteslästerung bezichtigt. Achmed und seine Frau flohen aus Herat und gelangten im Anschluss an ihre Odyssee durch mehrere Länder nach Deutschland, das ihnen politisches Asyl gewährte.

Viele tolerantere Afghanen fragen sich, warum sich die Regierung von Präsident Hamid Karzai nicht mehr für die Freiheit einsetzt, obwohl sie doch genau für diese Aufgabe große Summen aus dem Ausland erhält und die Unterstützung internationaler Truppen bekommt. In den Augen seiner Kritiker tritt Karzai nach außen als Staatschef eines demokratischen Landes auf, im Land selbst aber setze er die konservativen Geistlichen für sich ein. „Wenn er einen politischen Gegner loswerden will, dann sagt er nicht: Du störst mich, also verschwinde aus dem Land. Er sagt: Ich habe nichts gegen dich, aber leider sprechen sich die Geistlichen gegen dich aus ...“, erklärt Achmed. Und wenn die dann eine Sängerin wie Setara verdammten, könne Karzai nicht einmal daran denken, etwas dagegen zu sagen.

Was in Deutschland zur Belustigung dient, ist im Vielvölkerstaat Afghanistan immer auch ein Stück Politik, weil die Menschen lernen, andere Volksgruppen zu respektieren

Harun aus Mazar-e Scharif, der größten tadschikisch geprägten Stadt im Norden des Landes, ist immer über Skype zu erreichen. Der Student arbeitet nebenbei als Dolmetscher und Begleiter für ausländische Journalisten. Auf Tolo TV verpasst er kaum eine Folge von „Afghan Star“. Wenn es ans Abstimmen geht, stimmt er per SMS vorwiegend für die Tadschiken unter den Bewerbern. Gegen Frauen auf der Bühne hat er nichts, „solange sie sich nicht unzüchtig bewegen“. Die Sache mit Setaras Haaren? Für ihn nicht der Rede wert.

Wieso machen die Religionsgelehrten überhaupt so einen Aufstand wegen der Musik? Nicht die Religionsgelehrten an sich, meint Harun. Die Intoleranz gehe von den Paschtunen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet aus, genauer gesagt von den Radikalen, die in den 1980er-Jahren vom Westen und Saudi-Arabien systematisch unterstützt wurden, um gegen die Sowjetunion zu kämpfen. „Seitdem führen die bei uns das Wort. Dabei hat der afghanische Islam nichts gegen Musik.“

Postwendend schickt Harun den Link zu einem Video. Aufnahmen aus der Blauen Moschee, dem größten islamischen Heiligtum Afghanistans. Dort soll Ali, der Schwiegersohn des Propheten, beigelegt sein. In einem Gebetsraum bewegt sich ein Dutzend Männer im Kreis: Alte und Junge, Bärtige und Unbärtige wiegen sich in den Hüften, singen eine Art Litanei. Tanz und Gesang in der Moschee? Und das mitten in Afghanistan? Reine afghanische Tradition, erläutert Harun: Mystiker, die sich mithilfe der Musik in Trance versetzen, um Gott näher zu sein.

Angesichts der musikalischen Tradition, der Nähe von Singen und Leben, ist der Erfolg von „Afghan Star“ nicht verwunderlich. Dennoch fragen sich viele Fans, wie lange sie die Sendung noch sehen können. „Vermutlich“, sagt Mahsa in ihrem Exil in Hamburg, „wird ‚Afghan Star‘ ab 2014 nur noch im Exil produziert werden.“ Dann nämlich, wenn sich die Hardliner aus Herat weiter Gehör verschaffen. Dabei war Herat einmal das Zentrum der afghanischen Kultur gewesen, die Stadt der Literatur, Dichtkunst und Musik. Mahsas Großmutter pflegte nicht vor religiösen Eiferern zu warnen, sondern zu sagen: „Pass auf, sonst stolperst du über einen Sänger oder Poeten.“ So gesehen verbindet „Afghan Star“ beides: Moderne und Tradition. ←

Darf ich auch mal was sagen?

Klar doch, sogar immer mehr: ein Blick auf die Mitsprachemöglichkeiten in der Schule

Text: Imke Emmerich

Spickmich.de

Jetzt wird zurück benotet: „Spickmich“ ist ein soziales Netzwerk, in dem Schüler Lehrer bewerten. Kritiker finden, dass die Aussagekraft der Kopfnoten für Pauker begrenzt ist, weil oft einfach nur Rache geübt wird. Auch der Schutz der Privatsphäre wird von Gegnern angemahnt: Die Klagen, die es seit 2007 gegen „Spickmich“ gab, wurden allerdings abgewiesen, weil „die Benotung von Lehrern vom Grundrecht auf Meinungsäußerung gedeckt“ sei. 2010 gab es sogar einen höchstrichterlichen Beschluss dazu. Also einfach mal den Spieß umdrehen. Dass man hier genauso fair sein sollte, wie man es sich von seinen Lehrern wünscht, versteht sich ja von selbst.

Demokratische Schulen

Feste Klassen und Stundenpläne? Von wegen! Zumindest in sogenannten Demokratischen Schulen gibt es so was nicht. Hier haben Schüler mehr Freiheiten als üblich: Schulische Angelegenheiten werden nämlich möglichst basisdemokratisch geregelt, jedes Mitglied der Schulgemeinschaft hat eine Stimme. Als älteste Demokratische Schule (weltweit gibt es etwa 200) gilt die Summerhill-Schule in Leiston, die 1921 von dem schottischen Pädagogen A. S. Neill zunächst in Hellerau bei Dresden gegründet wurde. Dahinter steckt eine ziemlich einfache Annahme, die auch manche Hirnforscher vertreten: Jedes Kind will lernen. Und es lernt am besten, wenn es selbst entdecken darf, was es zu wissen gibt. In Hamburg hat übrigens Popsängerin Nena 2007 so eine Schule mitgegründet – sie singt ja schließlich auch viel von Freiheit.

Demokratiepädagogik

Wenn dem Schulleiter eine Demokratische Schule etwas zu anstrengend ist, sollte er trotzdem darauf achten, dass es demokratisch zugeht unter seinem Dach. Demokratieerziehung ist in Deutschland nämlich Aufgabe aller Lehrer: Zum Beispiel sollten sie hin und wieder Unterrichtsstunden gemeinsam mit ihren Schülern gestalten. In jedem Fach und auch außerhalb des Unterrichts, zum Beispiel auf Klassenausflügen, sollen sie Verantwortung, Toleranz und Meinungsaustausch fördern – und auch von den Schülern einfordern. Das soll denen nämlich beim Aufbau sozialer Kompetenzen helfen.

Organisierte Mitbestimmung

Schulversammlungen, Schülersprecherwahlen oder AGs zur Schulhofgestaltung: In jeder Schule sollte es Möglichkeiten geben, sich einzubringen. Partizipation heißt hier das Zauberwort, das auch in den Schulgesetzen der Bundesländer großgeschrieben wird, je nach Land aber durchaus variiert. In Nordrhein-Westfalens



Lass uns quatschen:
Schön, wenn es immer so harmonisch zuginge

Schulgesetz regelt Paragraph 74 beispielsweise die Schülervertretung: Sie „nimmt die Interessen der Schülerinnen und Schüler wahr. Sie vertritt insbesondere deren Belange bei der Gestaltung der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule und fördert ihre fachlichen, kulturellen, sportlichen, politischen und sozialen Interessen“, heißt es da. Im SV-Raum gibt es außerdem meist ein Sofa zum Rumhängen.

Schülerzeitungen

Im Sinne des Grundgesetzes können Schüler ihre Meinung frei äußern. Wobei: Schülerzeitungen gab es bereits im 19. Jahrhundert – unser Grundgesetz entstand hingegen erst 1949 (siehe nächste Seite). Schon Bertolt Brecht konnte Anfang des 20. Jahrhunderts seine ersten Gedichte als Gymnasiast in der von ihm gegründeten Schülerzeitung „Die Ernte“ veröffentlichen. Heute schreibt die Jugendpresse Deutschland, ein Verein junger Medienmacher, über die Zeitungen: „Die Schülerpresse ist ein wesentliches Element demokratischer Schulkultur. Sie kontrolliert, indem sie die Schülerschaft informiert.“ Übrigens, die Jugendpresse Deutschland zeichnet regelmäßig die besten Schülerzeitungen aus. Vielleicht kommt ihr damit ja so groß raus wie Brecht.

www.jugendpresse.de

EINE ZENSUR
FINDET
NICHT STATT.

Jedermann hat das
Recht, sich einzeln oder
in Gemeinschaft mit
anderen schriftlich mit
Bitten oder Beschwerden
an die zuständigen
Stellen und an die
Volksvertretung
zu wenden.

DAS GESAMTE
SCHULWESEN STEHT
UNTER AUFSICHT
DES STAATES.

Eine Enteignung
ist nur zum
Wohle der
Allgemeinheit
zulässig.

Kein Deutscher
darf an das Ausland
ausgeliefert werden.

EIGENTUM
VERPFLICHTET.

In bester Verfassung

Auf das Grundgesetz können wir echt stolz sein. Doch viel Applaus bekam der Parlamentarische Rat dafür nicht. Dabei schuf er – ohne es zu wollen – viel mehr als nur ein Organisationsstatut für eine Übergangszeit

Text: Felix Denk, Illustration: Jindrich Novotny

→ Auch wenn es etwas Großes zu feiern gab, ein großes Fest fand am 23.5.1949 nicht statt. Kein Umzug, kein Feuerwerk, kein Bankett und auch keine euphorische Menschenmenge auf den Straßen begleitete die Unterzeichnung des Grundgesetzes in Bonn. Am Ende der Schlussitzung des Parlamentarischen Rats sangen Abgeordnete und geladene Gäste gemeinsam das patriotische Studentenlied „Ich hab mich ergeben“. Als um 24 Uhr das Grundgesetz in Kraft trat und damit die Bundesrepublik Deutschland ihre Geburtsstunde hatte, waren in Bonn längst die Lichter aus. Ein stiller Start in eine neue Zeit.

Die Menschen im besetzten Deutschland quälten eben andere Sorgen. Sie litten immer noch unter den Folgen des Zweiten Weltkriegs. Allein rund zwölf Millionen Flüchtlinge und Vertriebene suchten eine neue Heimat, dazu kamen die Kriegsgefangenen, die in die ausgebombten Städte zurückkehrten. Ein dramatischer Mangel an Wohnungen und Lebensmitteln überschattete das tägliche Leben, die Wirtschaft kam nur stotternd in Gang. Gleichzeitig bewegte die drohende deutsche Teilung die Gemüter. Die Sowjetunion war im März 1948 aus dem Alliierten Kontrollrat ausgeschieden und hatte im Juni um Berlin eine Blockade verhängt. Nur noch per Flugzeug konnten die Westsektoren der Stadt versorgt werden.

Großbritannien, Frankreich und die USA forderten ihrerseits die Ministerpräsidenten der drei westdeutschen Besatzungszonen auf, eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen, die „eine Regierungsform des föderalistischen Typs“ entwerfen sollte. Am 1.9.1948 tagte der Parlamentarische Rat erstmals in Bonn. Die 65 Delegierten waren weit davon entfernt, die Gesellschaft zu repräsentieren, für die sie handelten. Das Durchschnittsalter lag bei 56 Jahren, nur vier Frauen gab es, zwei Drittel waren Akademiker, es überwogen Juristen, und mehr als die Hälfte hatte einen Dokortitel. Elf Abgeordnete hatten bereits in der Weimarer Republik im Reichstag gesessen und drei von ihnen sogar an der Verfassung von 1919 mitgeschrieben.

Die große historische Hypothek – das Scheitern der Weimarer Republik und die Gräueltaten der Nazidiktatur – lastete schwer auf den Verhandlungen, die

nur mühsam vorangingen. Immer wieder kam es zu parteipolitischen Streitereien und Auseinandersetzungen mit den Alliierten. Theodor Heuss, später der erste Bundespräsident, ging davon aus, dass die Arbeit vielleicht zwei Monate dauern würde. Anfang November wollte er wieder an der Universität Freiburg unterrichten. Letztlich musste er fast neun Monate in Bonn bleiben, bis der Entwurf in der dritten Lesung am 8.5.1949 mit 53 zu zwölf Stimmen angenommen wurde und zur Ratifizierung an die Landtage gegeben werden konnte.

Um aus dem langen Schatten von Weimar herauszutreten, korrigierte der Parlamentarische Rat konsequent die Schwächen der Verfassung von 1919. So entwarf er das Modell eines föderalistischen Staats mit dezentraler Machtverteilung, in dem die Bundesländer ein starkes Gegengewicht zur Zentralgewalt darstellten. Mit dem Bundesrat wurde ein weiteres Organ eingerichtet, durch das sie ihre Interessen wahren konnten. Gleichzeitig wurde die präsidentiale Macht des Staatsoberhauptes stark eingedämmt, das zu Weimarer Zeiten eine Art Ersatzkaiser war,

Neun Monate lang wurde an der Verfassung gearbeitet – man kann sagen: Es hat sich gelohnt

sowie auch plebiszitäre Elemente wie Volksentscheide auf Bundesebene verbannt. Die Schlüsselfigur wurde der Bundeskanzler, dessen Entscheidungsgewalt durch ein konstruktives Misstrauensvotum beschränkt werden konnte. Als juristische Infrastruktur wurde das Bundesverfassungsgericht eingerichtet, das über das Grundgesetz wachte und einen politischen Streit letztinstanzlich und unanfechtbar beenden konnte.

Viel Applaus wurde den Gründungsvätern und -müttern des Grundgesetzes nicht zuteil, von einer Verehrung, wie sie die *Founding Fathers* in den USA erfuhren, ganz zu schweigen. Erst mal waren alle unzufrieden. Die Kirchen beklagten sich über zu wenige christliche Werte, die Gewerkschaften sahen maßgebliche arbeitsrechtliche Forderungen außen vor, die CSU lehnte den Entwurf im Landtag ab, weil sie die Hoheitsrechte der Länder nicht ausreichend gewürdigt sah, die KPD wiederum weigerte sich, die „Spaltung Deutschlands“ zu unterschreiben, und der Literat Kurt Hiller spottete in der „Zeit“ über das „Bürosauere und Muffige“ des „zusammengeschwitzten Opus“. Beispielsweise ärgerte ihn die unsaubere Formulierung des Artikel 4, Abs. 3 („Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“): „Mit dem Besen, dem nassen Lappen, der nackten Faust, dem erigierten Zeigefinger oder dem rollenden Auge darf also offenbar jeder zum Kriegsdienst gezwungen werden! Nur mit der Waffe nicht.“

Vielleicht war es auch der immer wieder vom Parlamentarischen Rat betonte Charakter des Provisoriums, der die Begeisterung für das Grundgesetz zunächst dämpfte. Diese Idee des Provisoriums ist einmalig: Das Grundgesetz ist die weltweit einzige demokratische Verfassung, die unter dem Vorbehalt der Vorläufigkeit stand. Die Präambel erinnerte und mahnte, „die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Bis dahin sollte das Grundgesetz eine Ordnung geben, es sollte einer Einigung nicht im Wege stehen. Die Präambel konnte man aber durchaus als Entwertung des Gesetzestextes verstehen.

Das Provisorium erwies sich indes als äußerst langlebig. Es überdauerte die turbulenten Nachkriegsjahre, den Kalten Krieg und die deutsche Teilung. Es sicherte Wohlstand und Frieden und sorgte damit für eine große Akzeptanz Deutschlands in der Völkergemeinschaft. Als die DDR, die ihre Staatsgründung im Oktober 1949 mit Fackelumzügen, Betriebsbesuchen der SED-Spitze und großen Kundgebungen als Zeitenwende inszenierte, schließlich 1989 kraftlos in sich zusammenbrach, wurde das Grundgesetz nach der Wiedervereinigung de facto zum „Grundgesetz für das gesamte deutsche Volk“ erhoben. Immerhin erlebte das noch der fränkische Sozialdemokrat Hanns Heinz Bauer, als Einziger aus dem Parlamentarischen Rat, der das Grundgesetz 1949 unterzeichnet hatte. ←

Kunst und
Wissenschaft,
Forschung und
Lehre sind frei.

KEIN LEHRER DARF
GEGEN SEINEN WILLEN
VERPFLICHTET WERDEN,
RELIGIONSUNTERRICHT
ZU ERTEILEN.

Jede Mutter hat
Anspruch auf den
Schutz und die
Fürsorge der
Gemeinschaft.

BUNDESRECHT
BRICHT
LANDESRECHT.

Alle Deutschen
haben das Recht,
Vereine und
Gesellschaften
zu bilden.

Die Wohnung
ist unverletzlich.



1



Gemeinsame Sache



2

1 Die Borana leben im Grenzgebiet zwischen Kenia und Äthiopien. Sie sind Kuhhirten, die in Lehmhütten wohnen und regelmäßig zu Versammlungen zusammenkommen

2 Dieser Junge kommt vom Salzsammeln an einem See wieder. Damit kein Salzwasser in die Nase gelangt, hat er sie verstopft

3 Die Frauen dürfen nicht mit abstimmen. Sie hoffen, dass ihre Ansichten durch die Verwandten in der Versammlung genau wiedergegeben werden

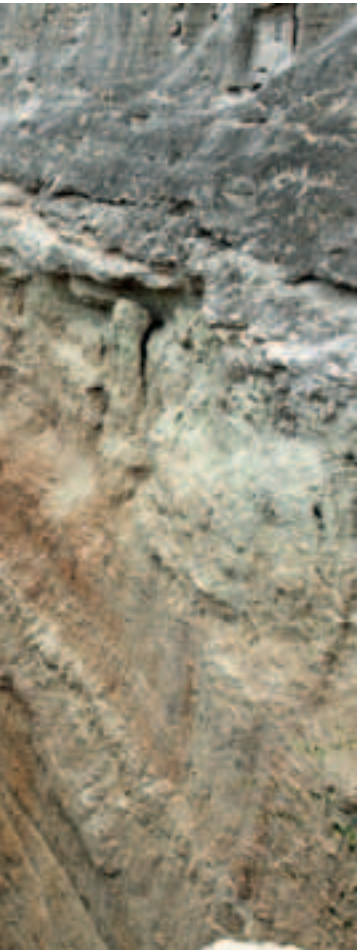
4 Zu den Entscheidungen, die getroffen werden, gehört auch die Bestimmung der Wege für das Vieh

Die Borana kennen keinen Stammesführer. Die Männer des afrikanischen Volkes entscheiden alles gemeinsam. So beugen sie Konflikten vor – was ziemlich gut klappt

3



4



6

5 Bei den Borana ist es verpönt, laut zu sprechen und andere zu unterbrechen. Wenn jemand doch seine Stimme erhebt, beginnt der Stammesälteste mit lautem Klagen

6 Die Milch der Kühe wird mit ihnen geteilt. Ganz brüder- und schwesterlich

Sag du mir nicht, was ich tun soll



Kannst du bitte mal den Roboter einfangen: Nicht nur im Kampf mit der Technik ist es zuweilen besser, wenn alle an einem Strang ziehen

In vielen Lebensbereichen finden wir Mitsprache selbstverständlich. Aber ausgerechnet am Arbeitsplatz, wo wir ein halbes Leben verbringen, hat man selten was zu melden. Doch das ändert sich gerade: In vielen Unternehmen wird der allmächtige Chef durch Modelle mit mehr Mitsprache ersetzt. Und oft sind diese Firmen erfolgreicher

Text: Constantin Wissmann

→ José María Arizmendiarieta wollte eigentlich Pfarrer werden, aber als 1936 der spanische Bürgerkrieg begann, musste der Basken sein Priesterseminar unterbrechen. Nicht schlimm, denn er interessierte sich auch für andere Sachen: Als General Franco seine Diktatur errichtet hatte, kam Arizmendiarieta eine Idee, wie man die katastrophalen Folgen des Bürgerkriegs – darunter die Massenarbeitslosigkeit – lindern könnte: Er dachte an ein Unternehmen, dessen Gewinne nicht in die Taschen eines Unternehmers fließen, sondern vor allem dazu dienen, die Arbeitsplätze zu sichern und die Löhne stabil zu halten.

In der baskischen Kleinstadt Mondragón, wohin er 1941 als Assistenzpfarrer versetzt wurde, gründete Arizmendiarieta die gleichnamige Kooperative Mondragón Corporación Cooperativa (MCC). Sie sollte den Arbeitern gehören und von ihnen demokratisch verwaltet werden. Bald entstand unter diesem Dachverband ein ganzes Netzwerk aus Firmen, darunter eine eigene Bank, eine Versicherung und eine Universität. Die Idee des verhinderten

Pfarrers war erstaunlich langlebig: Das Netzwerk existiert bis heute – mit Erfolg. Zuletzt erwirtschaftete MCC einen Umsatz von rund 14 Milliarden Euro und beschäftigte 84.000 Menschen. Damit ist sie die größte Kooperative weltweit und die siebtgrößte Unternehmensgruppe Spaniens. Selbst während der Finanzkrise, die Spaniens Arbeitslosenquote von damals gut acht auf heute über 26 Prozent ansteigen ließ, wurde bei MCC so gut wie niemand entlassen.

In vielen Industrieländern ist die demokratische Grundordnung ein Eckpfeiler der Gesellschaft, gegen antidemokratische Bewegungen geht in Deutschland sogar der Verfassungsschutz vor. Nur die Wirtschaft ist oft eine demokratiefreie Zone: Firmenbosse wirken wie Despoten, kleine Zirkel von Managern bestimmen, was getan wird. Manche Unternehmen haben nicht mal Betriebsräte, über die die Angestellten eine gewisse Mitsprache haben.

Es gibt demokratisch organisierte Firmen – in Europa sogar etwa 60.000, wie der Innsbrucker Professor für Angewandte Psychologie, Wolfgang Weber, schätzt. Doch diese seien meist kleine oder mittelständische Betriebe. Aber meistens läuft es anders: Private Besitzer oder Großaktionäre berufen Manager an die Spitze ihrer Unternehmen. Diese kleine Gruppe entscheidet dann, was die weitaus größere Gruppe der Angestellten zu tun hat, welche Produkte wie und wo hergestellt werden. Natürlich auch, was mit dem Gewinn geschieht, der durch den Verkauf dieser Produkte erzielt wird. Die Mehrheit muss mit diesen Entscheidungen und deren Folgen leben. Der Soziologe Ulrich Beck hat daher den Ausdruck der „halbierten Demokratie“ geprägt. In unserer Industriegesellschaft bliebe die wissenschaftlich-technische Gesellschaftsveränderung der politisch-parlamentarischen Entscheidung entzogen.

Die Mehrheit der Manager und Berater ist mit diesem Modell zufrieden. Ein Unternehmen sei nun einmal nicht der Platz für hehre demokratische Ideale. Wenn Entscheidungen in Echtzeit getroffen werden müssten, könne man nicht erst darüber abstimmen. Außerdem müsse die Entscheidungsstruktur klar definiert sein. Einer müsse schließlich die Dinge durchsetzen, die Richtung bestimmen, die Verantwortung übernehmen. Und welcher Mitarbeiter würde schon effizient arbeiten, wenn es nicht einen Vorgesetzten gäbe, der ihn motiviert, aber auch kontrolliert.

Es gibt auch andere Ansichten: Schon in den 50er-Jahren stellten die US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Douglas McGregor, Frederick Herzberg und William Edwards Deming fest, dass strikte Hierarchien eher dazu führen, dass sich die Angestellten von ihrer Arbeit entfremden. So ähnlich hat es auch Karl Marx zu Zeiten beginnender Industrialisierung prophezeit. Für eine dauerhafte Motivation der Belegschaft wären „intrinsische“ – also dem Menschen innewohnende – Bedürfnisse zu berücksichtigen, vor allem das nach Selbstverwirklichung. Verhaltenspsychologen an der Universität Harvard entwickelten daraus Mitte der 80er-Jahre ihre „Theorie der Selbstbestimmung“: Wem nicht ständig hineingeredet wird, der geht lieber zur Arbeit – und macht einen besseren Job.

Diese Erkenntnis ist heute populärer denn je, schließlich drängt mit den nach 1980 Geborenen eine Generation auf den Arbeitsmarkt, die Flexibilität gewohnt ist und mit autoritären Strukturen nicht viel anfangen kann. Und weil in vielen Bereichen ein Mangel an Fachkräften herrscht, müssen die Unternehmen diese Ansichten ernst nehmen. Große US-Firmen wie der

Tomatenverarbeiter Morning Star und der Textilhersteller W. L. Gore sowie der brasilianische Mischkonzern Semco funktionieren seit Jahrzehnten fast hierarchiefrei. Giganten wie Google, General Electric und die Bio-Supermarktkette Whole Foods sind auf dem Weg dorthin.

Allerdings kann die erweiterte Mitbestimmung auch zu Problemen führen. Die amerikanische Soziologin Arlie Hochschild hat in einer Langzeitstudie festgestellt, dass Menschen, die sich im Job zu viel Eigenverantwortung aufbürden, kaum noch Zeit für sich selbst und ihre Familie fänden. Das führe über kurz oder lang zu tiefen persönlichen Krisen. Der Psychologe Wolfgang Weber sagt: „Gerade bei der Vereinbarkeit zwischen Arbeit und Familie muss es Regelungen geben.“ Weber weist auf eine weitere Schwierigkeit hin. Wenn es ans Eingemachte gehe, nämlich an die Firmenstrategie und nicht zuletzt die Besitzverhältnisse, sei es mit der Demokratie in einem Teil der ansonsten demokratisch

Manchmal kann zu viel Eigenverantwortung auch dazu führen, dass sich die Menschen übernehmen

organisierten Unternehmen sofort vorbei. „Da stoßen die Mitarbeiter dann an eine gläserne Decke. Das ist für viele frustrierend.“

Auch bei Genossenschaften läuft nicht immer alles in vollkommener Harmonie ab. Sie sind zwar in der Regel demokratischer als normale Firmen, aber nicht unbedingt sozialer. Genossenschaftsbanken jagen dem schnellen Geld oft ebenso hinterher wie die Konkurrenz, hohe Zinsen gefallen ihren Mitgliedern schließlich auch. Wozu Gier in Genossenschaften führen kann, zeigt der Fall der gewerkschaftseigenen Wohnungsbaugenossenschaft „Neue Heimat“. Der Vorstand von Europas größtem Wohnungsbaukonzern hatte jahrelang Millionen in die eigene Tasche gewirtschaftet, 1982 brach das ganze Gebilde zusammen.

Bei Mondragón versucht man solchen Gefahren vorzubeugen, mit einer Mischung aus Laissez-faire und Kontrolle. Es wird nicht über jedes Detail abgestimmt. Das würde einen effizienten Arbeitsablauf unmöglich machen. Stattdessen laufen die Entscheidungsprozesse wie in einem repräsentativen Parlament ab. Das oberste Organ der einzelnen Genossenschaftsfirmen bildet die jeweilige Generalversammlung der Mitglieder. Von ihr wird der Vorstand gewählt, der zwar über die Besetzung der leitenden Positionen im Unternehmen entscheidet, sich aber an die Vorgaben der Generalversammlung halten muss. Ein Sozialrat wacht darüber, dass sich die einzelnen Genossen nicht übernehmen. Auf der Ebene der Dachorganisation MCC wird diese Struktur kopiert: 650 Vertreter der einzelnen Genossenschaften treffen sich einmal jährlich zur großen Generalversammlung. Die Delegierten beschließen dort gemeinsam die langfristigen Strategien der gesamten Gruppe.

Für Wolfgang Weber ist es kein Zufall, dass Mondragón mit diesem System die Finanzkrise vergleichsweise gut überstanden hat. „Es kommt eben nicht nur darauf an, schnelle Entscheidungen zu treffen. Die Entscheidungen müssen auch gut sein. Gerade in schweren Zeiten ist es töricht, auf die Weisheit der Vielen zu verzichten.“ ←

3. Kapitel

Pass bloß auf

Wie die
Demokratie
verteidigt
wird

Schau genau hin

Was man als Wahlbeobachter so macht und erlebt? Unser Autor, der bei der letzten Wahl in Bulgarien dabei war, erzählt

Text: Yannick Haan

→ Aus einem diffusen Gefühl heraus wollte ich schon immer internationaler Wahlbeobachter werden. Für mich waren das Menschen, die sich friedlich für die Demokratie einsetzen. Über das, was internationale Wahlbeobachter wirklich tun, wusste ich vor meiner ersten Mission in Bulgarien ehrlich gesagt kaum etwas. Auch über Bulgarien wusste ich nur, dass es eines der ärmsten Länder der EU ist. Ein Freund hatte mir mal erzählt, dass dort noch Pferdekutschen herumfahren.

Normalerweise schickt die OSZE, also die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, internationale Wahlbeobachter. Doch auch andere Organisationen haben das Recht dazu: Zum Beispiel unternimmt die EU Wahlbeobachtermissionen in Länder außerhalb des OSZE-Raums.

Bevor es losging, bekamen wir erst einmal einen Stapel an Informationen: Wie sieht das politische System des Landes aus, welche Probleme gibt es momentan, wie schätzt man die aktuelle Lage ein, und wie

funktionieren die Wahlen in Bulgarien? Das alles sollte man schon wissen. Vor Ort wurde uns dann von Vertretern der bulgarischen Wahlkommission das Wahlsystem erklärt und erläutert, auf was man genau achten sollte und in welchen Regionen Probleme erwartet wurden.

Zu meiner großen Verwunderung bestand unsere Gruppe nicht nur aus alten, grauhaarigen Männern. Zudem waren fast alle Länder der EU vertreten – von der jungen Frau mit bunten Haaren aus East-London bis zu einer älteren Dame aus Südfrankreich, die im Rollstuhl geschoben werden musste. Vom Arbeitslosen aus England über den pensionierten Hochschulpromotor aus Italien bis zu mir, dem Studenten aus Berlin, waren auch alle sozialen Schichten vertreten. Die 120 Wahlbeobachter, die sich vorher in Sofia getroffen hatten, verteilten sich schließlich mit Bus, Auto oder Flugzeug über das ganze Land. Ich war in Dobritsch, eine Stadt im recht armen Nordosten des Landes.

Als erste Station unseres langen Tages sind wir gegen sieben Uhr morgens zur Öffnung eines Wahllokals gefahren. Jeder Wahlhelfer und jeder Wahlbeobachter bekam ein kleines Schild, um den Wählern zu zeigen, dass man berechtigt war, sich im Wahllokal aufzuhalten. Eins fiel leider sofort auf: Man hatte vergessen, die Wahlurne zu versiegeln. Nach unserem Hinweis wurde das aber nachgeholt.

Was man sonst so macht? Man kann beispielsweise kontrollieren, ob nicht zu viel Andrang herrscht, ob sich unautorisierte Menschen im Wahllokal befinden, ob Wahlzettel schon vorher ausgefüllt sind

und ob die Wahlkommission alle erforderlichen Papiere dabei hat. Man kann auf solche Verstöße hinweisen und sie der Wahlkommission in der betreffenden Region melden. Selber einschreiten kann man nicht.

Nach vielen Wahllokalen und unzähligen Kilometern im Auto haben wir uns am frühen Abend auch noch das Auszählen in einem weiteren Wahllokal angeschaut. Leider war dieses in einem Kindergarten untergebracht, so dass wir drei Stunden lang auf etwa 30 Zentimeter hohen Kinderplastikstühlen sitzen mussten.

Insgesamt hatten wir am Ende des Tages etwa 15 Wahllokale kontrolliert. Spätestens nach der dritten Station hatte sich allerdings herumgesprochen, dass wir in der Gegend waren. Das lokale Radio hatte darüber berichtet, und die lokalen Beobachter schienen untereinander auch gut vernetzt zu sein. Anders als in Deutschland, wo nur Wahlhelfer, Wahlbeobachter und Wähler im Wahllokal zugelassen sind, dürfen in Bulgarien auch Parteien Beobachter für alle Wahllokale entsenden, die dann im Zimmer sitzen und ebenfalls schauen, ob alles mit rechten Dingen zugeht.

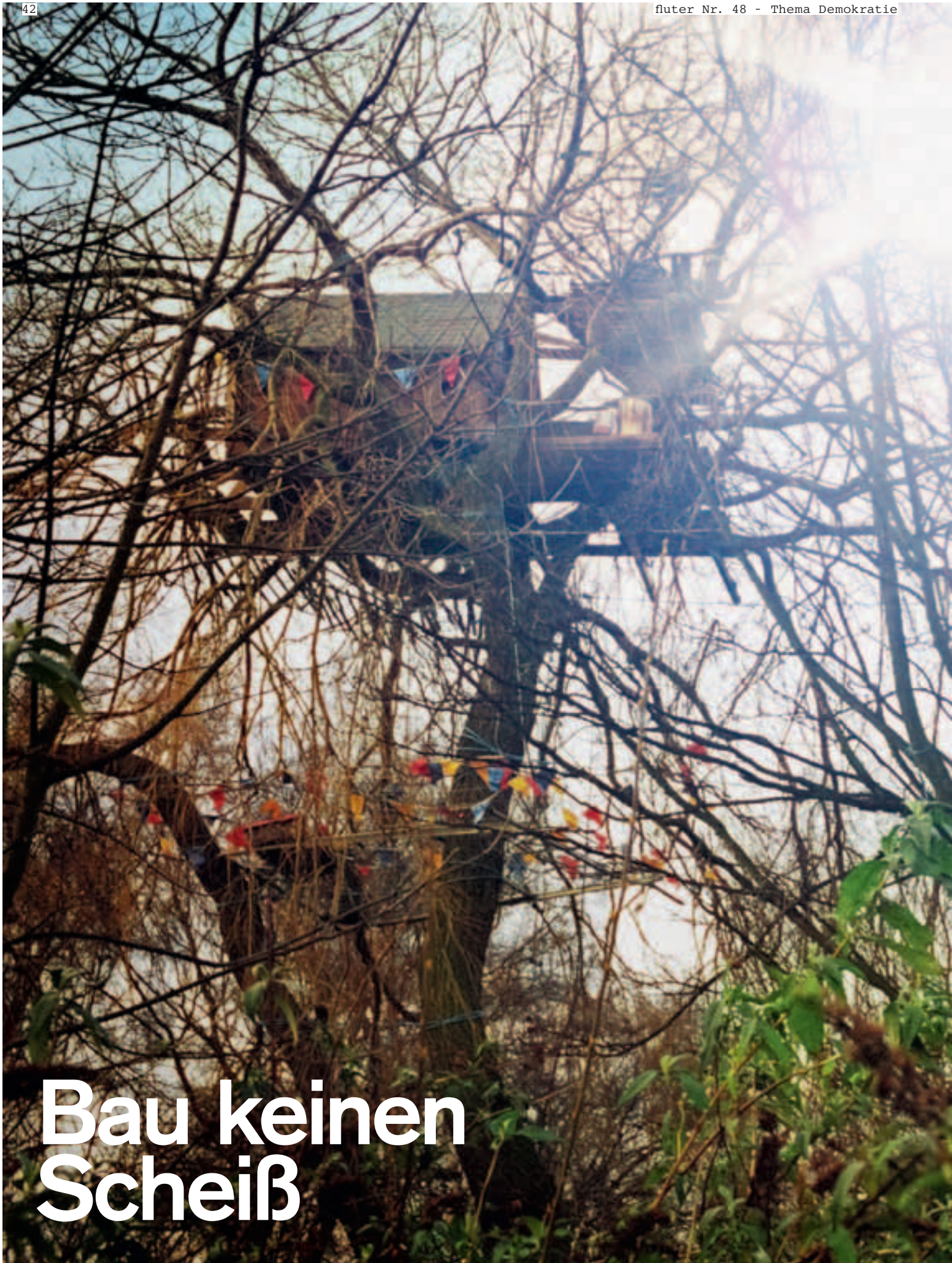
In allen besuchten Wahllokalen haben die Menschen kooperiert und uns respektiert. Manchmal hat man eine gewisse Anspannung gemerkt. Obwohl wir faktisch keine Handhabe gegen Verstöße hatten, wurden unsere kleinen Beanstandungen meist schnell korrigiert. Ein einziges Mal hat mir ein Mann Prügel angedroht, weil ich angemerkt hatte, dass er kein Namensschild trägt, das ihn als Helfer ausweist. Das glaube ich zumindest, denn leider konnte die Übersetzerin sein Schreien nicht Wort für Wort übersetzen.

Ob man Wahlbetrug durch die Beobachter wirklich bekämpfen kann? Ich bin da skeptisch. Nach der Wahl gab es Hinweise, dass ausgerechnet in unserer Region viele Stimmen gekauft wurden. Auf der anderen Seite hat unsere Präsenz hoffentlich einige unter Druck gesetzt. Und letztlich hat sich die Mission doch gelohnt, wenn nur eine einzige Stimmenfälschung verhindert werden konnte. ←

Yannick Haan engagiert sich seit mehreren Jahren politisch im Bereich Netzpolitik. Im April letzten Jahres erschien sein Buch „Gesellschaft im digitalen Wandel“



Undurchsichtig: Nicht immer ist für Wahlbeobachter klar zu erkennen, was schief läuft



Bau keinen Scheiß



Oft wird über öffentliche Vorhaben lediglich mit ein paar Schautafeln im Rathaus informiert, aber das reicht nicht mehr. Projekte wie Stuttgart 21 stehen auch deshalb in der Kritik, weil sich die Menschen zu wenig eingebunden fühlen. Kann mehr Bürgerbeteiligung die Lösung sein? Über die Zukunft des Mitredens

Text: Philipp Kohlhöfer

→ Niemand sollte hinterher sagen können, er sei nicht gehört worden: Das zuständige Ministerium in Stuttgart schrieb alle 120.000 Haushalte der Region an und informierte über das Vorhaben. Es gab geführte Wanderungen durch die Region, ein Info-Telefon und einen Kummerkasten. Es wurden Anregungen aller Art gesammelt, die in die Beratungen der regionalen Arbeitskreise gingen, die wiederum aus Einwohnern gebildet worden waren. Die Sitzungsprotokolle wurden online gestellt, angeschlossen an eine Internetplattform zum Meinungsaustausch. Schließlich gab es ein Gutachten über die Auswirkungen des Projekts für die Region, in Auftrag gegeben von den gewählten Vertretern der betroffenen Kreise. Das Ergebnis des Gutachtens wurde vor Ort präsentiert und mit den Bürgern diskutiert. Schließlich, nach zwei Jahren der Bürgerbeteiligung, haben

Medien haben den „Wutbürger“ entdeckt: ein doofes Wort für eine gute Sache

50.000 Einwohner abgestimmt. Über ein Projekt, das die Bürger so früh und so intensiv in die Planungen einbezogen hatte, wie es noch nie zuvor bei einem Großprojekt in Baden-Württemberg geschehen war. Doch offenbar war alles umsonst: In den betroffenen Gemeinden reichte die Ablehnung im Mai dieses Jahres von 64 bis zu 87 Prozent der Stimmen. Es war nicht mal knapp. Der Nationalpark Nordschwarzwald war bei den Bürgern durchgefallen.

Und trotzdem: Das Projekt war ein Erfolg. Denn obwohl sich die Fronten zwischen Park-Gegnern und Park-Befürwortern verhärteten, gab es keine Straßenschlachten, war keine Mediation vonnöten, gab es kein Stuttgart 21 im Wald. Beim Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs hatten die Medien einen neuen Politikerschreck ausgemacht: den Wutbürger, der große Infrastruk-



Dieser Baum bleibt stehen: Gerade die jüngere Generation verlangt von der Politik mehr Information und Möglichkeiten zur Teilhabe

turmaßnahmen nicht einfach hinnimmt, sondern mitreden will. Damals hatte der ehemalige Bundesminister Heiner Geißler die Vermittlung zwischen Bürgern und Politik übernommen und diese Mediation als „Innovation“ und „neuen Weg“ beschrieben. Zum ersten Mal sei es gelungen, „alle handelnden Parteien an einen Tisch zu bekommen, und zwar auf Augenhöhe“. Aber sollte das nicht längst selbstverständlich sein?

„Projekte der Verwaltung bedürfen der ständigen Erklärung und Begründung“, sagt Cynthia Wagner von „Nextthamburg“, einer Bürger-Ideenplattform für Stadtentwicklung, die schon im frühen Stadium eine Beteiligung der Bürger fördern will. Laut Webseite gibt man „Ideen, Meinungen und Wünschen von Bürgern eine Bühne und sorgt dafür, dass sie ... gehört werden.“ Zuerst sollen die Menschen gefragt werden: Was vermissen sie in ihrer Gegend? Was wollen sie überhaupt? Wie stellen sie sich die Stadt in 20 Jahren vor? Die gesammelten Ideen werden dann anderen Teilnehmern zur Diskussion vorgestellt, zum Thema werden Experten eingeladen und Studien erstellt. „Dann erst sprechen wir mit der Verwaltung“, sagt Wagner. Dabei sei der Einfluss der Bürger immer konstruktiv. „Oft benötigt

Die Abstimmungen müssen gar nicht bindend sein, aber für die Menschen ist es ein gutes Gefühl, gehört zu werden

man einfach eine Übersetzung des Plans der Ingenieure in die Sprache der Bürger und umgekehrt.“ Das Bau- und Planungsrecht erfülle einfach nicht mehr die Ansprüche einer modernen Gesellschaft.

Tatsächlich sehen viele Menschen im monatelangen stillen Aushängen von Bauplänen in Rathäusern weniger eine demokratische Teilhabe, sondern vielmehr die Herstellung der Rechtssicherheit der Pläne. Und galt eine gewonnene Wahl früher als Legitimation für so ziemlich alles und Protest, von wenigen Ausnahmen abgesehen, als Randphänomen, haben bis zum Frühsommer 2010 knapp 42.000 Bürger allein gegen den Bau der dritten Startbahn auf dem Flughafen München Einspruch erhoben. Vor Kurzem haben sie diesen auch per Bürgerentscheid abgelehnt, 17 Klagen gegen den Bau liegen vor Gericht.

„Das Wichtigste ist Transparenz“, sagt auch Klaus Grewe. Der deutsche Projektmanager koordinierte die Gesamtplanung der Olympischen Spiele in London 2012. Er sagt: „Grundsätzlich müssen Großprojekte lange und konzentriert vorgedacht werden.“ Dabei müsse man aber den Mut haben, alles zu kommunizieren. „Auch wenn es nicht so klappt, wie es geplant war.“ Die Bürger müssten von Anbeginn an Projekten beteiligt und ernst genommen werden. Durch diesen simplen Ansatz hat Grewe eine enorme Akzeptanz in der Bevölkerung geschaffen – obwohl die Olympiade die Briten mehr als neun Milliarden Pfund gekostet und viele Monate Baulärm verursacht hat.

Auch andernorts macht man sich Gedanken, wie öffentliche Vorhaben mehr Zuspruch finden können. Unter dem Namen „LiquidFriesland“ hat der Landkreis Friesland im östlichen Niedersachsen eine Beteiligungsplattform im Web geschaffen, über die jeder Bürger Vorschläge machen kann, die dann zur Diskussion und zur Abstimmung stehen – zu Themen, bei denen der

Landkreis zuständig ist, wie zum Beispiel der Bau von Radwegen oder die Errichtung von Parkanlagen. Der Kreistag hat sich dazu verpflichtet, über jeden Vorschlag, der eine Abstimmung gewonnen hat, zu beraten.

„Bürgerbeteiligung kann nur erfolgreich sein, wenn ein tatsächlicher Einfluss auf Pläne und Projekte spürbar wird“, sagt Sven Ambrosy, Landrat und Erfinder der Plattform. 700 Bürger zeigen bisher online Interesse für die Kreispolitik, zu öffentlichen Sitzungen kommen weitaus weniger Menschen. „Jeweils nur zwei oder drei“, sagt Sönke Klug, Pressesprecher des Landkreises – und diese Möglichkeit besteht schon seit Jahrzehnten und nicht erst seit wenigen Monaten. Ziel von LiquidFriesland sei es, die Themen und Vorhaben so verständlich wie möglich zu kommunizieren – und das ginge eben nicht mit Aushängen im Rathaus und Erläuterungen im Behördensprech, die keiner versteht.

Dabei ist LiquidFriesland nur ein zusätzlicher Kanal der Bürgerbeteiligung. Die Plattform ersetzt nicht die Abstimmung im Kreistag – schließlich ist der von den immerhin rund 100.000 Einwohnern des Kreises demokratisch legitimiert, was für eine Online-Plattform mit ein paar hundert Nutzern nicht unbedingt gilt. Über das Ergebnis der Abstimmung im Kreistag werden die Bürger ebenfalls im Internet informiert.

Und die kann dann eben auch anders ausfallen als von den Bürgern gewünscht, wie es im Falle des Nationalparks Nordschwarzwald zu sein scheint. Denn das dortige Ergebnis der Bürgerbefragung gegen den Nationalpark ist rechtlich nicht verpflichtend. Der zuständige Minister Alexander Bonde sagt auch nur, dass er das Ergebnis der Befragung „sehr ernst“ nehme, es sich dabei aber nur um ein „unverbindliches Meinungsbild“ handle, das für die Entscheidung letztlich „nicht bindend“ sei. Im Herbst findet die Abstimmung im Landtag statt und es ist wahrscheinlich, dass die rot-grüne Mehrheit für den Park stimmt.

Und so steht das Projekt „Nationalpark Nordschwarzwald“ stellvertretend für viele andere große Projekte in Deutschland, egal ob Bahnhöfe, Stromtrassen, Windräder oder Flughäfen. Jedes dieser Vorhaben muss sich immer wieder neu demokratisch legitimieren – nicht unbedingt durch Plebiszite, aber durch Information und Aufklärung der Bevölkerung. „Ich bin nicht dafür, dass alles nur noch im Internet abgestimmt wird“, sagt Ambrosy. Dafür habe man die repräsentative Demokratie. „Aber es ist schon allein ein himmelweiter Unterschied, ob ich als Bürger das Gefühl habe, dass meine Meinung gehört und wertgeschätzt wird, oder ob ich das Gefühl habe, dass sie in ein schwarzes Loch fällt.“ ←

Plakate eignen sich schon immer gut zur Mobilisierung. Hier findet sich eine kleine Ausstellung mit den besten fluter.de/demokratie



Lobbyismus sollte
nicht bei geheimen
Treffen unter Brücken
betrieben werden

Was habt ihr vor?

Gute Frage: Lobbyismus nennt man es, wenn bei der Gesetzgebung auch die gehört werden, die das Gesetz betrifft. Die Kunst besteht darin, berechtigte Anliegen der Wirtschaft von allzu dreisten zu trennen

Text: Daniel Erk

→ Normalerweise haben politikwissenschaftliche Diplomarbeiten und Politthriller absolut gar nichts gemein. Was aber der Berliner Politikwissenschaftler Matthias Corbach unter dem drögen Titel „Die deutsche Stromwirtschaft und der Emissionshandel“ vorlegte, hatte eindeutig das Zeug zum Krimi. Corbach, mittlerweile Doktorand an der FU Berlin, zeigte, wie die Verhandlungen über die sogenannten CO₂-Zertifikate abliefen: Politiker wurden bedrängt, ehemalige Minister mit hochkarätigen Verträgen ausgestattet, die Gewerkschaften unter Druck gesetzt und schließlich sogar ein Wissenschaftler aus seiner Position gedrängt, weil er eine kritische Studie veröffentlicht hatte.

Die deutsche Stromwirtschaft gilt als eine der mächtigsten Branchen Deutschlands. Kein Wunder in einem Land, das vor allem von der Produktion von Autos und Maschinen lebt, Industrien, die sehr viel Strom benötigen – und den am liebsten billig. Die klassischen Energieerzeuger

sind neben der Großindustrie die größten CO₂-Verursacher des Landes.

Bereits 1997 wurde im sogenannten Kyoto-Protokoll festgeschrieben, die Emissionen der sechs wichtigsten Treibhausgase – darunter CO₂, Methan und FCKW – im Zeitraum von 2008 bis 2012 um mindestens fünf Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken; wenig später begannen innerhalb der EU Diskussionen darüber, wie diese Verpflichtungen umgesetzt werden könnten. Der Emissionshandel war die zentrale Idee. Dahinter steckte Folgendes: Unternehmen sollten Zertifikate erhalten, die ihnen einen bestimmten CO₂-Ausstoß erlauben. Wer weniger Dreck verursachte, sollte mit den Zertifikaten handeln dürfen – und so belohnt werden.

Damals aber gab es weder verlässliche Zahlen über den CO₂-Ausstoß Deutschlands noch irgendwelche Erfahrung mit dem Handel von derlei Zertifikaten. Daher rief die Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 2000 die Arbeits-

gruppe „Emissionshandel zur Bekämpfung des Treibhauseffektes“ ins Leben. Der Vorsitz lag beim Bundesumweltministerium, zur Gruppe gehörten neben Vertretern weiterer Bundesministerien auch Vertreter von rund 30 großen deutschen Unternehmen, Abgesandte von Wirtschaftsverbänden wie dem des deutschen Steinkohlebergbaus und dem der deutschen Elektrizitätswirtschaft. Zudem gemeinnützige Organisationen wie BUND, WWF und Germanwatch.

Bald entwickelte sich diese ursprünglich als Diskussionsplattform gedachte Arbeitsgruppe zum Schlachtfeld der Einflussnahme: Industrie und Stromerzeuger versuchten in den folgenden Jahren, einen Emissionshandel zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes komplett zu verhindern. Dann, als das scheiterte und auf europäischer Ebene eine Entscheidung ohne deutschen Einfluss drohte, versuchten die Vertreter von Unternehmen und Verbänden, den Emissionshandel wahlweise freiwillig zu gestalten oder durch sehr hoch ange setzte CO₂-Richtwerte zu beeinflussen.

Um ihre Interessen durchzusetzen, das kann man in Matthias Corbachs Diplomarbeit nachlesen, drohten die Energieversorger mal mit geringeren Investitionen oder höheren Strompreisen, dann wieder warnte die Industrie vor dem Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen. In den Tageszeitungen wurden Anzeigen gegen den Emissionshandel veröffentlicht. Dazu kamen wissenschaftliche Studien, die beängstigende Zahlen verbreiteten: 56.000 Arbeitsplätze stünden auf dem Spiel, 15 Milliarden Euro würde diese Art des Klimaschutzes allein bis 2012 kosten. Ein in den Bundestag gewählter ehemaliger Bundesminister stand damals den großen Stromkonzernen als Berater zur Seite.

Insgesamt listet Corbach im Anhang seiner Diplomarbeit fast 40 Bundestagsabgeordnete auf, die auf die eine oder andere Art einer Nebentätigkeit für die Energiewirtschaft nachgingen.

Die Pointe dieses Politthrillers ist: Im Grunde ist alles genau so gedacht. Regierung und Parlament sollen sich, so sehen es die Regeln vor, mit den großen Interessengruppen des Landes zusammen- und auseinandersetzen. Die Politikwissenschaftler Werner Jann und Kai Wegrich nennen dieses Modell im „Lehrbuch der Politikfeldanalyse“ den „kooperativen Staat“: ein Staat also, der sich nicht einfach im stillen Käm-

merlein Gesetze ausdenkt, die dann mit der Wirklichkeit zusammenprallen. Sondern einer, der all diejenigen, die von einem neuen Gesetz betroffen sind, auch fragt, was sie davon halten und was es für sie bedeutet.

Auch wenn der Begriff „Lobbyismus“ in Deutschland einen schlechten Klang hat, bedeutet er nichts anderes als: Interessenvertretung mit dem Ziel, politische Entscheidungen zu beeinflussen – nicht mehr, nicht weniger. Es gibt sogar eine öffentliche Liste über die beim Bundestag registrierten Verbände und deren Vertreter, in der – laut Geschäftsordnung des Bundestages – alle Vertreter von Verbänden registriert sind, die man als Experten in

Es ist wichtig, dass sich Politiker mit Experten beraten – es muss nur alles transparent sein

den Bundestag laden kann. Die Idee dahinter: Wenn sich bei der Schaffung von Gesetzen nicht nur Politiker, sondern auch Experten einbringen, wird die Qualität neuer Gesetze und Regelungen besser.

In der Theorie klingt das gut, in der Praxis funktioniert es sehr mittelmäßig. So erfolgt die Aufnahme in die „öffentliche Liste“ über die beim Bundestag registrierten Verbände und deren Vertreter auf Antrag, viele Interessengruppen fehlen. LobbyControl, eine Nichtregierungsorganisation (NGO), die sich unter anderem für mehr Transparenz in der Gesetzgebung einsetzt, kritisiert deswegen: „Die Verbändeliste erfasst weder die Lobbybüros der Unternehmen noch Lobby- und PR-Agenturen oder Anwaltskanzleien, die Lobbyarbeit im Auftrag wechselnder Kunden betreiben. Gerade bei diesen wäre es wichtig zu wissen, für wen sie eigentlich arbeiten.“ Für Christian Humborg, Geschäftsführer von Transparency International Deutschland, ist genau diese Grauzone zwischen klarer Interessenvertretung und undurchsichtigen politischen Runden das Problem, in der Abgeordnete und Minister bisweilen auch persönlich von den wechselseitigen Kontakten zu Lobbyisten profitieren.

Selten bekommt man wirklich Einblick, wie ein Gesetz in dieser Gemengelage von widerstreitenden Interessen entsteht. Das Beispiel des Emissionshandels ist da eine absolute Ausnahme. In den letzten 20 Jahren gibt es laut einem NGO-Ge-

schäftsführer in ganz Deutschland gerade mal drei Fälle, die so gründlich aufgearbeitet wurden.

Transparency International Deutschland fordert deshalb seit einiger Zeit einen sogenannten legislativen Fußabdruck, bei dem im Anhang zu einem Gesetzentwurf alle Interessenvertreter aufgelistet werden, die Abgeordnete oder Ministerialbeamte bei ihrer Arbeit an einem Gesetz kontaktiert haben. Noch ist es nicht so weit, aber für Transparency-Mann Humborg ist es schon ein gutes Zeichen, dass das Thema Lobbyismus mittlerweile auf der Tagesordnung der Presse und in den Wahlprogrammen einiger Parteien angekommen ist.

Und der Emissionshandel? Der wurde 2005 eingeführt.

Allerdings durften die Unternehmen so viel CO₂ hinausblasen, dass der Handel mit den Verschmutzungslizenzen bis 2012 so gut wie nicht funktionierte. Es wurde sogar mehr CO₂-Ausstoß erlaubt als überhaupt nötig. In der Folge sank der Preis pro Lizenz für eine Tonne CO₂ von den erwarteten 30 auf grob fünf Euro.

Doch das nächste Kapitel hat schon begonnen: Am 3. Juli 2013 stimmte das Europäische Parlament für eine zeitweilige Verknappung der CO₂-Zertifikate. Der Kampf geht also weiter.

Hier könnt ihr die Liste über die beim Bundestag registrierten Verbände und deren Vertreter einsehen:

<http://www.bundestag.de/dokumente/lobbyliste/lobbylisteaktuell.pdf>

Und hier eine Stellungnahme von Transparency International Deutschland:

<http://www.transparency.de/Lobbyismus.737.0.html>

Das hat System

Klar, Demokratie heißt, dass das Volk entscheidet. Aber so einfach ist das in der Praxis selten. Ein Überblick über Instrumente, die die Macht im Staat verteilen und für Stabilität sorgen sollen

Sammlung: Fabian Dietrich, Illustration: Jindrich Novotny

Sperrklauseln

→ Schon mal von der „Partei Bibeltreuer Christen“ oder den „Violetten“ gehört? Nein? Kein Wunder, denn in Deutschland waren diese beiden Vereinigungen noch nie im Bundestag, obwohl bei der letzten Wahl etwa 40.000 beziehungsweise 30.000 Menschen für sie gestimmt haben. Sie sind klassische Opfer der Fünfprozenthürde, einer Sperrklausel, die besagt, dass eine Partei mindestens fünf Prozent der Zweitstimmen oder drei Direktmandate* erhalten muss, um in den Bundestag einziehen zu dürfen. Als Begründung wird häufig genannt, dass es so im Bundestag zu stabileren Mehrheitsverhältnissen und Koalitionen kommt. In Libyen gab es zum Beispiel bei der letzten Nationalratswahl, die ohne

Sperrklausel abgehalten wurde, rund 20 Parteien, die sich 80 Sitze teilen mussten. Das gemeinsame Regieren wird bei solchen Verhältnissen natürlich ein bisschen schwer. *Der Kandidat, der im Wahlkreis die relative Mehrheit der Erststimmen erhält, zieht direkt in den Bundestag ein

Sitzzuteilung

Achtung, jetzt wird es gleich ein bisschen kompliziert. Wer nämlich dachte, bei einer Wahl geht es einfach darum, Stimmen auszuzählen und die Ergebnisse zu verkünden, irrt sich. Die Zuteilung von Sitzen im Parlament kann leider nie perfekt sein. Eine Partei, die 13,3 Prozent der Stimmen erhält, wird kaum einen Drittel Abgeordneten ins Parlament bringen dürfen. Für die Umwandlung der Stimmen in Sitze gibt es verschiedene Verfahren, die jeweils andere Ergebnisse produzieren können. Sie bevorzugen zum Beispiel kleinere oder größere Parteien. In Deutschland wurde das Verfahren schon mehrfach gewechselt. Die Begründung für ein neues System ist eigentlich immer die gleiche: weil es angeblich gerechter als das vorherige ist.

Untersuchungsausschuss

In Deutschland (und den meisten westlichen Demokratien) haben auch die Parteien, die bei einer Wahl unterlegen sind und nicht die Regierung stellen, Möglichkeiten, in den politischen Prozess einzugreifen. Eine beliebte Methode der Opposition, um echte oder vermeintliche Fehlleistungen der Regierung aufzudecken, sind Untersuchungsausschüsse. Das sind Gremien, die dazu gebildet werden, mögliche Missstände in Regierung und Verwaltung und mögliches Fehlverhalten von Politikern aufzuklären. Sie dürfen auch Minister und Bundeskanzlerin oder Bundeskanzler befragen.

Nach Artikel 44 des Grundgesetzes kann und muss der Deutsche Bundestag auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder einen Untersuchungsausschuss einsetzen.

Anfragen

Es klingt erst mal harmlos, kann aber schon mal ein Ministerium in Erklärungsnot bringen oder Diskussionen über ein bestimmtes Thema entfachen. Ein häufig eingesetztes Mittel der Opposition, um die Arbeit der Regierung zu kontrollieren und auf ihre eigenen Anliegen aufmerksam zu machen, sind Anfragen. Diese können von einer Bundestagsfraktion oder mindestens fünf Prozent aller Abgeordneten gestellt werden. Fragt ein Parlamentarier bei der Regierung an, wie viele Windräder in ihrer Amtszeit errichtet oder wie viele Jobs in der Autoindustrie geschaffen wurden, muss diese innerhalb einer festgesetzten Frist darüber Auskunft geben, welche Kenntnisse sie darüber hat.

Wahlausschuss

Du willst mit deinen Freunden gemeinsam als neue Fraktion in den Bundestag einziehen? Theoretisch kein Problem, denn in einer Demokratie hat jeder das passive Wahlrecht und kann sich wählen lassen, wenn er am Wahltag Deutscher oder Deutsche ist, das 18. Lebensjahr vollendet hat und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist. Praktisch wird es allerdings schon schwerer. Rund 60 Parteien wollten sich zur Bundestagswahl 2013 aufstellen lassen. Dass man nur etwa die Hälfte davon auf dem Wahlzettel wiederfindet, liegt am Bundewahlausschuss, der entscheidet, ob eine Partei zugelassen wird. Kleine Parteien dürfen teilnehmen, wenn sie eine bestimmte Anzahl von Unterstützungsunterschriften von Wahlberechtigten vorlegen können. ←



Bei der Sitzverteilung gibt es verschiedene Verfahren

Schon mal von „Abgeordnetenwatch“ gehört? Das ist eine Website, die Politikern auf die Finger schaut
fluter.de/demokratie

Demokratie, die es nicht ins Heft geschafft hat



Rückkehr des Mehrklassenwahlrechts

Kurz sah es im Verlauf dieser Heftproduktion so aus, als überraschte uns eine revolutionäre Demokratiediskussion, die wir auf keinen Fall verpassen durften. In einem Absatz eines „FAZ“-Artikels über das ominöse Aspen Ideas Festival, bei dem sich Reiche und Mächtige treffen und mehr oder weniger verrückte Ideen austauschen, stand nämlich, dass der berühmte Finanzinvestor Nicolas Berggruen seit Neuestem die Idee propagiere, man könne es mal wieder mit einem Mehrklassenwahlrecht probieren. Das Stimmgewicht der einzelnen Bürger solle in Zukunft nicht mehr gleich sein, sondern nach intellektueller Kapazität gestaffelt werden. Zitternd bereiteten wir uns darauf vor, dass diese Idee aus Aspen über den Ozean heranbranden und uns mit einer fundamentalen Diskussion erschüttern würde. Muss jetzt bald jeder vor einer Wahl einen Intelligenztest machen? Bekommt eine 15-jährige Hochbegabte in Zukunft mehr Macht als zehn Normalschlaue? Wir warteten und warteten, aber die Idee tauchte bis auf diesen einen Absatz in der „FAZ“ nie wieder irgendwo auf.

Wahlkreiszuschnitt

Eigentlich wollten wir euch in diesem Heft noch erzählen, wie Wahlkreise entstehen, doch dann wurde der Platz ein wenig knapp, und das Thema war auch ein bisschen langweilig. Deswegen flog es raus. Die Anekdote über einen gewissen Elbridge Gerry, der im 19. Jahrhundert mal Gouverneur von Massachusetts war, können wir vielleicht trotzdem noch loswerden. Der schnitt nämlich einmal seinen Wahlkreis so zu, wie es ihm passte. Das heißt, dass alle Leute,



die sowieso nicht für ihn gestimmt hätten, einem anderen Bezirk zugeordnet wurden. Im Fall von Gerry hatte der Wahlkreis am Ende nichts mehr mit einem Kreis zu tun, sondern eher die Form eines Salamanders angenommen, den man im Nachhinein liebevoll „Gerrymander“ nannte. Wenn man sich das Gebilde (oben auf der Seite seht ihr es) so anschaut, erinnert es allerdings eher an einen Drachen.

Ein Taschenaquarium für jeden Wähler!

Der tschechische Schriftsteller Jaroslav Hašek hat mit dem „braven Soldaten Schwejk“ nicht nur ein tolles Buch über einen schelmischen Befehlsverweigerer geschrieben, sondern auch im echten Leben anarchistisch gewirkt. So war er Mitbegründer einer Satire-Partei, die schon 1911 den Wahlkampf der anderen Parteien auf die Schippe nahm. Im Prager Lokal „Kuhstall“ forderte er unter anderem die Wiedereinführung der Sklaverei, die Verstaatlichung der Hausmeister und den staatlich verordneten Alkoholismus. Jedem Wähler versprach er zudem ein Taschenaquarium. Der Name des amüsanten Vereins: „Partei des maßvollen Fortschritts in den Grenzen der Gesetze“. Klingt heute eigentlich nicht nach Satire, sondern nach Mainstream.



Vorschau

Bis zum nächsten fluter

Das nächste Heft kommt ja kurz vor Weihnachten, und wir haben gedacht, es wäre vielleicht eine gute Idee, sich mal dem Thema Familie zu widmen. In den letzten Jahrzehnten hat sich da ja viel getan: Es gibt Patchworkfamilien, Familien mit zwei Vätern oder zwei Müttern, manchmal steht der Vater am Herd, manchmal niemand mehr. Eine spannende Sache. Wir überlegen uns mal ein paar gute Geschichten dazu. Bis dann!

Impressum

fluter – Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung

Ausgabe 47, Sommer 2013
Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Tel. 0228/99515-0

Redaktion

Thorsten Schilling (verantwortlich/Bundeszentrale für politische Bildung/schilling@bpb.de),
Fabian Dietrich (CvD),
Oliver Gehrs (redaktionelle Koordination)

Redaktionelle Beratung

Benjamin Dresen

Bildredaktion

Carmen Brunner, David Dörrast

Artdirektion

Jan Spading

Mitarbeit

Andreas Bock, Imke Emmerich, Daniel Erk, Felix Denk, Sabrina Gaisbauer, Yannick Haan, Ole Häntzschel, Philipp Kohlhöfer, Alice Köhli, Andreas Pankratz, Arne Semsrott, Marc Thörner, Constantin Wissmann, Xifan Yang

Dokumentation

Kathrin Lillienthal

Schlussredaktion

Sven Barske, Florian Kohl

Lithografie

Meike Jäger

Redaktionsanschrift/Leserbriefe

fluter-Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung, DUMMY Verlag, Torstraße 109, 10119 Berlin,
Tel. 030/300230-233, Fax -231, post@fluter.de

Redaktionelle Umsetzung

DUMMY Verlag GmbH
Torstraße 109, 10119 Berlin
ISSN 1611-1567
Bundeszentrale für politische Bildung
info@bpb.de
www.bpb.de

Abonnement & Leserservice

ssm system service marketing gmbh
Im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung
Dudenstraße 37-43, 68167 Mannheim
Tel. 0621/33839-38, Fax: 0621/33839-33
abo@heft.fluter.de

Kostenloses Abo bestellen, verlängern oder abbestellen

www.fluter.de/abo
abo@heft.fluter.de

Nachbestellungen

IBRO
Kastanienweg 1, 18184 Roggentin
Fax 03 82 04 / 66 - 273, bpb@ibro.de
Nachbestellungen von fluter werden von 1 kg bis 20 kg mit 4,60 Euro kostenpflichtig.

Druck

Ernst Kaufmann GmbH & Co. KG, Druckhaus
Raiffeisenstraße 29, 77933 Lahr
Tel. 07821 / 945-0, info@druckhaus-kaufmann.de
www.druckhaus-kaufmann.de

Bildnachweise

Cover: Ivor Prickett/Panos Pictures/VISUM; S.3 Nicole Mas-kus/photothek/FOTOFINDER; S.4 David Høgholt, Jindrich Novotny; S.5 privat; S.6-7 André Gottschalk; S.11 Photoshot/Tass; S.13 David Høgholt; S.15 Imago/MS; S.16 Imago/mlka; S.17 Imago/mlka; S.18/19 Jindrich Novotny; S.20/21 Janine Wiedel; S.23 picture alliance/dpa/ Daniel Bockwoldt; S.24 Fotoagentur AURA; S.26/27 Ole Häntzschel; S.28/30 Afghan Star; S.31 Olivier Culmann/Tendance Floue/Agentur Focus; S.32/33 Jindrich Novotny; S.34-37 Bruno Zanzottera/Parallel Zero; S.38 Frank Schinski/OSTKREUZ; S.40 William Lamson; S.41 STOYAN NENOV/Reuters/Corbis; S.42-44 Janine Wiedel; S.46 Jovan Todorovic; S.48 Jindrich Novotny; S. 49 Alain Soldeville/Picturetank/Agentur Focus, Wikimedia Commons, Victor Fraile/Corbis; S.50 Roger Ressmeyer/CORBIS

Papier

Dieses Magazin wurde auf umweltfreundlichem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Die letzte Seite im Heft ist die erste im Netz.

Schreibtisch von Martin Diez

